

PROGRESS

MAGAZIN DER ÖSTERREICHISCHEN HOCHSCHÜLERINNENSCHAFT 01/10

www.progress-magazin.at

Zuwider

Föderl-Schmid über den Mangel an politischen Sitten

Zeitlos

Zur Funktion von GenossInnenschaften

Zukunftsvision

Über neue Wege der Hochschulreform

Zweigstelle

Die Rolle des Internets bei den Studierendenprotesten

P.b.b. | Erscheinungsort Wien | Verlagspostamt 11040 | GZ02Z031545 M | EURO, 73



the show must go off
Politik als inhaltslose Unterhaltung

www.oeh.ac.at



DOSSIER: WENN STUDIEREN KRANK MACHT - STEIGENDER LEISTUNGSDRUCK TREIBT STUDIERENDE AN IHRE GRENZEN

**KOPF GEGEN DIE WAND
WAR EINMAL ...**



**WIR
BRECHEN DURCH!**

Mach mit – beim Hochschulkongress 2010

**HIGHER
EDUCATION
RELOADED**


Wann? 19.–21.2.2010 | Wo? TU Wien
Anmeldung unter www.her2010.at bis 15.2.2010



Cover

- 4 Show essen Politik auf**
Politik wird immer öfter zur geschickten medialen Inszenierung, mit der Gefahr zur inhaltslosen Show zu werden.

ÖH

- 8 Mobilität im Studium**
Vom Studieren in der Ferne.
- 9 Neue Bildung braucht das Land**
 Die ÖH blickt auf ein bedrückendes Jahrzehnt zurück und wagt trotzdem noch zu hoffen.
- 10 Wie weiter mit den Hochschulen?**
Die Studierendenproteste sind mit der Räumung des Audimax noch lange nicht beendet.
- 12 Service, das hilft**

Politik

- 14 Gemeinsam arbeiten und konsumieren**
 Die Geschichte der Genossenschaftsbewegung und der Erkenntnis, dass es verschiedene Organisationsformen für Genossenschaften gibt.
- 16 „Seit damals sind wir die Nazis“**
In der Wiener Brigittenau wird seit Jahren um den Ausbau eines islamischen Kulturzentrums gerungen.


Dossier



Wir beleuchten den Lernalltag von Studierenden und gehen den damit oft einhergehenden Erkrankungen auf den Grund.

- 18 StudentInnen im Stress**
Wie der Bachelor den Druck auf Studierende erhöht.
- 19 Bologna: Reform der sieben Fehler**
Bildungsforscher Rolf Schulmeister über die Auswirkungen der Implementierung des Bologna-Prozesses.
- 20 Wenn Zweiteilen nicht mehr ausreicht**
Madeleine Garbsch, Leiterin einer psychologischen Beratungsstelle, über Leistungsdruck, Ritalin und die Belastung, Arbeit und Studium zu verknüpfen.
- 21 Von der Angst zu versagen**
Eine ehemalige Studentin schreibt über ihre überwundenen Ängste.
- 22 Drug Me Smart!**
Studierende greifen immer öfter zu leistungsfördernden Drogen.
- 23 Das A und O einer glücklichen Studienzzeit**
Wie Druck entgegengewirkt werden kann.

Feuilleton

- 26 Commedia all'italiana**
Die Ästhetik des Lebens oder Italien von seiner besten Seite.
- 27 Die Vernetzungsmaschinerie**
 Das Internet hat die Struktur von Studierendenprotesten entscheidend verändert.
- 28 Spende gut, alles gut?**
Von der Scheinheiligkeit des Spendens.
- 29 Menschenrauch**
Eine Buchrezension über Pazifismus und Krieg, über Hitler und Churchill.
- 30 Hypo Alpe Adria**
Ein Lehrstück für Österreich und Bayern mit einem Kommentar von Alexandra Förderl-Schmid.
- 31 Neuigkeiten aus Europa**
Politische Kurzmeldungen aus dem EU-Raum

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser!

Es gibt unter Studierenden wohl keinen Monat, der notorisch unbeliebter ist als der Jänner – die Zeit des Lernens, der Prüfungen und der Selbstdisziplin. Außerdem wünscht die übergroße Mehrheit spätestens im Jänner den Winter endgültig zum Teufel, der Frühling kann, ja muss endlich kommen. Winterkälte ade, Sonnenwonne olé.

Wir haben aber eine gute Nachricht für euch: Wenn Ihr, liebe Leserinnen & Leser, wenn Ihr diese Zeilen lest, dann ist der Jänner so gut wie gelaufen. Auf Wiedersehen! Es war uns keine Freude, und nein, wir vermissen dich nicht. Aber wir hoffen doch, dass Ihr das **PROGRESS** ein bisschen vermisst habt. Wie auch immer, wir haben uns jedenfalls bemüht, euch eine möglichst bunte und spannende Mischung an Artikeln ins Heft zu packen.

In der Covergeschichte (ab S. 4) dreht sich dieses Mal alles um die Inszenierung von Politik als Showereignis. Das Dossier (ab S. 18) beschäftigt sich mit den Problemen und Krankheiten von Studierenden, die durch Leistungsdruck und übertriebenes Erfolgsdenken entstehen. Im Politikteil gibt es Geschichten über GenossInnenschaften (S. 14) und ein umstrittenes türkisches Zentrum (S. 16). Das Feuilleton bietet Geschichten über die Kombination von On- und Offline-Protestformen (S. 27), den österreichischen Umgang mit Spenden (S. 28) und das italienische Regie-Genie Dino Risi (S. 26). Der traditionell aus prominenter Feder stammende Kommentar am Ende des Hefts kommt diesmal von Alexandra Förderl-Schmid.

Viel Vergnügen beim Lesen wünscht,
eure **PROGRESS**-Redaktion

IMPRESSUM

PROGRESS – Magazin der Österreichischen HochschülerInnenschaft, Ausgabe 1/2010, Erscheinungsmontat: Jänner

Medieninhaberin: Österreichische HochschülerInnenschaft, Taubstummengasse 7-9, 1040 Wien

HerausgeberInnen: Sigrid Maurer, Thomas Wallerberger, Benedikt Ruš

ChefInnenredaktion: Lucia Bischof, Ann-Katrin Slupek, Wolfgang Zwander

RedakteurInnen dieser Ausgabe: M. Bacher, A. Beer, J. Bendele, A. Dörr, L. Eichberger, L. Fenk, A. Förderl-Schmid, C. de Gier, N. Hofmüller, F. Kolar, R. Kollmann, S. Lojka, E. Maltznig, S. Pasalic, G. Sattelberger, J. Schmid, A. Sklenicka, S. Tacha, R. Vonbun, S. Wollner

Lektorat: A. Palienko, A. Lehner

Layout: T. Jenni, J. Kolda

Cover-Fotos: N. Oberleitner, **Dossier-Fotos:** D. Novotny, **Resortcover-Fotos:** J. Kolda

Inserate: Öffentlichkeitsreferat

Artikelvorschläge können per E-Mail oder in den Redaktionssitzungen eingebracht werden. Kontakt siehe unten. **Kommende Redaktionssitzungen** (Taubstummengasse 7-9): Donnerstag, 4. März um 19 Uhr, Donnerstag, 22. April um 19 Uhr

Gratis-Abo anfordern! www.progress-magazin.at

Telefon: 01/310 88 80-61

E-Mail: oeffref@oeh.ac.at

Web: www.oeh.ac.at/progress

Auflage: 120.000 Stück

Druck: Leykam, Neudörfel

Show essen Politik auf

Politik wird immer öfter zur geschickten medialen Inszenierung. Doch dort, wo sich Politik und Unterhaltungskultur treffen, lauert auch die Gefahr, dass die Show für bare Münze genommen wird.

ALINA SKLENICKA

Ende Jänner, im Uniqua Tower in Wien. Das große Finale. Josef Pröll, Vizekanzler und Finanzminister Österreichs, veranstaltet eine Castingshow: Er sucht einen Superpraktikanten. Unter lautem Johlen aus dem Saal wird eingezählt, dann geht's los: Über zehn Wochen haben sich die KandidatInnen im Onlinevoting durchgesetzt, jetzt müssen sie so schnell wie möglich im Publikum ein Ersatz-Sakko für Pröll suchen. Eine Spaßaufgabe, quasi als Einstimmung auf die kommende Woche Praktikum, falls der Chef sich beim Essen einmal anpatzen sollte.

„Das ist aber ein Damensakko.“ Pröll steckt lachend in einem viel zu kleinen Jackett, rot bis zu den Ohren, gut gelaunt. Er verzieht auch keine Miene, als ihm die anderen Sakkos nicht wirklich passen. Pröll sitzt lässig auf einem silbernen Fauteuil, einem Quasi-Thron, in der Mitte des Saals. Es kommt das Gefühl auf, der Vizekanzler genießt das bunte Treiben, wie um ihn herumscharwenzelt wird. Er gibt sich selbstironisch, scherzt herum. Das ist sein Abend. Durch den Raum dröhnen Popmusik und Videozuspielungen, die Menge jubelt. Als am Ende Reez Wollner, die 26-jährige Medientechnikerin in rosa Strumpfhosen, das Rennen um den Posten des Superpraktikanten gewinnt, folgt noch eine kleine Pyro-Einlage. Entertainment pur. Die politischen Einstellungen der KandidatInnen? Nebensächlich.

Neu ist dieser Ansatz nicht. Schon Franz Vranitzky war bei *Wetten, dass...*, so wie auch der deutsche Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder und Karl-Heinz Grasser nach ihm. Guido Westerwelle, heute deutscher Außenminister, damals FDP-Generalsekretär, besuchte im Jahr 2000 gar den *Big Brother*-Container, brachte Whiskey mit und berichtete ganz volksnah, die Spritpreise stünden draußen „beschissen“.

Politik macht Show. Diesen Trend zur politischen Selbstdarstellung bezeichnet der deutsche Politologe Andreas Dörner als „Politainment“. Dieses entsteht dort, wo Politik und Entertainment sich treffen. Dabei gibt es zwei Spielarten von Politainment: unterhaltende Politik und politische Unterhaltung. Bei ersterer greifen PolitikerInnen immer häufiger auf Mittel der Unterhaltungskultur zurück, um erfolgreich mit potentiellen UnterstützerInnen zu kommunizieren, frei nach dem Motto: „Supershow macht WählerInnen froh.“ Inszenierungen treten in den Vordergrund. Christina Stürmer singt für eine Kampagne der SPÖ-Bildungsministerin die Nationalhymne neu. HC Strache rappt und inszeniert sich selbst als Comic-Held im Kampf gegen die EU. Pröll sucht den Superpraktikanten und greift dabei auf das bei Jugendlichen beliebte Genre der Castingshow zurück. In Deutschland lief letztes Jahr auf ZDF die JungpolitikerInnen-Suchshow *Ich kann Kanzler*, vielleicht haben sich

die ParteistrategInnen da etwas abgesehen.

Bewusst suchen PolitikerInnen in Unterhaltungsformaten Kontakt zu politikferneren Bevölkerungsgruppen, um auch hier für sich zu mobilisieren. Menschen, die an Politik entweder kaum interessiert sind oder sich frustriert abgewendet haben, kann man über die Entertainment-Schiene erreichen. Politainment hat das Potential, Menschen wenigstens ansatzweise zu politisieren und für Politik zu interessieren. Nur: Die reale Botschaft tritt dabei oft in den Hintergrund, stattdessen gilt es Feel-Good-Nachrichten zu verbreiten. Politik kann verkürzt oder im schlechtesten Fall gar nicht beim Publikum ankommen.

Auf der anderen Seite wird das Thema Politik aber auch von der Medien- und Kulturindustrie gerne zu Unterhaltungszwecken verwendet. Fernsehserien, Talkshows, aber auch Filme werden zunehmend mit politischen Inhalten aufgefüllt. Ziel ist dabei aber nicht Meinungsbildung und Überzeugung, sondern Quote und Erfolg am massenmedialen Markt, so Andreas Dörner. Diese beiden Ebenen des Politainment sind oft eng miteinander verflochten. ATV bringt eine Reportage über die SuperpraktikantInnen, die Gratiszeitung *Heute* bringt die Superpraktikantin Reez Wollner auf ihr Titelblatt, die *KroneHit* Morningshow-Moderatorin darf die Castingshow präsentieren. Das schafft Öffentlichkeit für Pröll, der sich als lustiger Onkel inszenieren kann, und Quote für die Medien. Eine





in der Sprache von StrategInnen so genannte Win-Win-Situation. Denn ohne dass Medien kooperieren, können PolitikerInnen heute kaum noch öffentliche Aufmerksamkeit bekommen. Doch weil diese die Politik brauchen, um Seiten und Sendeplätze zu füllen, funktioniert das Gegengeschäft.

Die Unterhaltungsfalle. Wie ist es dazu gekommen? Und seit wann folgt Politik so stark der Logik der Medien? Thomas Hofer, Politikberater in Wien, erklärt diese Tendenz durch Internationalisierung und die zunehmende Medienvielfalt.

„Heute muss man eine Geschichte erzählen, um durchzukommen.“ Aufgrund eines immer breiteren Angebots sei es nämlich gar nicht mehr so leicht für die Politik, ihre Botschaften durch den „Wust an Informationen“ an das potentielle WählerInnenvolk zu bringen. „Ein österreichischer Bundeskanzler oder auch ein oppositioneller Politiker in den Sechzigern hatte es bedeutend leichter, seine Wählerschaft zu erreichen, als es heute der Fall ist. Sie mussten nämlich nur irgendwie in der *Zeit im Bild* vorkommen oder haben überhaupt Belangsendungen geschaltet und damit war sicherge-

stellt, dass sie durchgeschaltet werden.“

Seit den Neunziger Jahren folgt politische Kommunikation in Österreich immer stärker dem internationalen Trend zur Mediatisierung und Personalisierung. Prominente PolitikerInnen begannen bei unpolitischen Unterhaltungsshows wie *Wetten, dass...* aus und ein zu gehen und dabei über Privates zu plaudern, SPÖ-Bundeskanzler Viktor Klima tauchte bei einer Überschwemmungskatastrophe in Gummistiefeln unter den Helfenden auf. Doch Letzterer scheiterte schließlich als Spitzenkandidat bei der Nationalratswahl 1998, als die positive Inszenierung letztlich ins Gegenteil umkippte, da zu wenig politische Substanz zu erkennen war. Denn „sprichwörtlich in die Hose“ geht Politainment laut Politik-Expertin Thomas Hofer dann, „wenn das im Wort steckende Entertainment im Vordergrund steht und zum eigentlichen Inhalt wird.“ So tappende auch Andrea Kdolsky in die Unterhaltungsfalle, als sie mehr durch Schweinsbraten-Rezepte auffiel als durch ihre Kompetenz als Gesundheitsministerin. Und so musste sich auch Guido Westerwelle für seinen *Big Brother* Besuch den Vorwurf des Populismus gefallen lassen; ebenso wie der ehemalige SPD-Politiker Gerhard Schröder, als er in seinem ersten Kanzler-Wahlkampf bei der deutschen Seifenoper *Gute Zeiten, Schlechte Zeiten* mitspielte und damit Rekord-Einschaltquoten erzielte, aber damit alles andere als Politik machte.

Inszenierungen vereinnahmen. Immer öfter werden politische Inszenierungen von BürgerInnen hinterfragt. Auch die ÖVP-Aktion *Superpraktikant* musste einiges an Kritik einstecken. Schon allein, dass man in Zeiten prekärer Arbeitsverhältnisse und unbezahlter Praktika mit einem ebensolchen wirbt, stieß vielen jungen Menschen, aber auch dem öster-

reichischen Gewerkschaftsbund oder den Grünen sauer auf und wurde als Respektlosigkeit wahrgenommen. Dass die „Stellenausschreibung“ zusätzlich nicht geschlechtergerecht (sowie grammatikalisch etwas holprig) nur einen männlichen „Superpraktikant“ suchte, tat sein Übriges zu einer (teils auch belustigten) Enttäuschung. Mit deplorable Shows zur Ermittlung eines Supermodels verglich Armin Thurnher, Chefredakteur der Wiener Stadtzeitung *Falter*, den Superpraktikanten in einem Leitartikel. Passend zu einer Castingshow wurde die SuperkandidatInnenwahl in *Hi Society*, der – mittlerweile ehemaligen – Promi-Fernsehsendung von Dominic Heinzl, mit einem ausführlichen Interview mit dem Vizekanzler lanciert. Da sprach Josef Pröll über den Jojo-Effekt seiner letzten Diät und wünschte sich einen Kandidaten, der ihn „schon stärkt und nicht schwächt“.

Doch auch trotz (oder wegen) seiner zweifelhaften Form und Botschaft, hatte die PR-Aktion bereits in den ersten Tagen nicht zuletzt auf Twitter und Facebook eine immense mediale Aufmerksamkeit. Auch kritische KandidatInnen wie *Falter*-Journalistin Barbara Tóth, Globalisierungsgegner Klaus Werner-Lobo oder Niko Alm, der laizistisch veranlagte Herausgeber des Lifestyle-Magazins *Vice*, bewarben sich. Damit hätte die ÖVP anfangs nicht gerechnet, sagt Barbara Tóth, die die Kampagne gerne als Kandidatin journalistisch begleitet hätte – hätte sich nicht die Jugendorganisation der Volkspartei, die JVP, in der zweiten Runde so stark mobilisiert, dass sie schließlich aufgab. „Gleich zu Beginn, als ich mich beworben habe, gab es Kontakte von führenden Parteimanagern der ÖVP und die Nachfrage, warum ich mitmache. Das waren Bemerkungen, so als ob sie nicht wüssten, wie sie damit umgehen sollen.“

ÖVP-Generalsekretär Fritz Kaltenegger betonte dennoch beim ▶



► Finale, dass die Tatsache, dass die Aktion polarisiert habe und nicht unumstritten war, die Partei nicht gestört habe. Politikberater Thomas Hofer sieht darin – auch wenn er einräumt, dass die Kampagne vielleicht nicht bis zum Ende durchdacht war – auch ein Kernvorhaben solcher Aktionen verwirklicht: „Das ist schon mal die halbe Miete, wenn man Aufmerksamkeit erreicht.“ Denn das Hauptziel von *Superpraktikant* sei sicherlich gewesen, „Heinz Christian Strache etwas entgegenzusetzen, wenn es um unter Führungszeichen ‚junge Kommunikation‘ geht.“ In den vergangenen Jahren sei dieses Feld von den anderen Parteien eher der FPÖ überlassen worden, die mittels Comic und Rap geschickt jugendliche Zielgruppen adressiert haben. Und diese wer-

den eben stark mit Inszenierungen erreicht, die versuchen, die Sprache und Lebensrealität (Praktika!) von Jugendlichen einzufangen und Aufmerksamkeit zu erregen.

Die bessere Show. Letzteres tut auch Klaus Werner-Lobo. Der Autor des *Schwarzbuchs Markenfirmen*, freiberuflicher Clown und Globalisierungsgegner, ist neuerdings Kandidat der Wiener Grünen bei der Wiener Gemeinderatswahl. Werner-Lobo schwört auf die Methode der Kommunikationsguerilla. Deshalb hatte auch er sich bei Prölls *Superpraktikant* beworben, als „trojanisches Pferd der Zivilgesellschaft“, wie er sagt. Aber irgendwie auch als Wahlkandidat einer anderen Partei. Trotzdem ging es ihm vor allem darum, die ÖVP zu entlar-

ven. „Wenn die ÖVP Politik als reine Show betreibt, dann sehe ich es als meine Aufgabe, das transparent zu machen.“ Mittels der Kommunikationsguerilla-Methode der subversiven Affirmation, der übertriebenen Bestätigung der Botschaften des politischen Gegners, bewarb Werner-Lobo sich gleich einmal öffentlichkeitswirksam als Hofnarr Prölls. Also Show, um die Show der ÖVP zu kritisieren. Aber nicht der Show willen, wie er betont: „Es gibt halt schlechte Shows und gute Shows. Ich erhebe den Anspruch, die bessere Show zu machen als die ÖVP, aber mit dem Ziel, tatsächliche politische Veränderung zu bewirken.“

Reez Wollner ist seit 21. Jänner Prölls Superpraktikantin und darf ihn eine Woche lang bei seiner Ar-

beit begleiten, von der ÖVP verordnete *Twitter-* und *Facebook-*pflicht am geschenkten PC inklusive. Die 26-jährige Medientechnikerin mit *Hello Kitty* Wohnungseinrichtung interessierte sich die letzten 26 Jahre nicht für Politik wie sie zugibt. Beim *Superpraktikant*-Casting hätte sie auch mitgemacht, wäre es von der SPÖ oder den Grünen veranstaltet worden. „Weil ich keine politischen Inhalte präsentieren kann, kann ich mich zumindest selbst präsentieren“, sagt sie und lacht. Wir glauben es ihr. Reez Wollner hat die Pröll-Aktion genutzt, um sich selbst in Szene zu setzen und so die Inszenierung irgendwie auch ein bisschen für sich vereinnahmt. Sie hat auf *YouTube* eine Neujahrsansprache hochgeladen und eine eigene pinke Partei gegründet. Nach ihrer Meinung gefragt, gibt sie zum Vizekanzler medienversiert und diplomatisch Antworten wie diese: „Josef und ich sind beide Sternzeichen Jungfrau und Aszendent Waage. Außerdem hat er am selben Tag Geburtstag wie meine Mutter. Das macht ihn natürlich sympathisch.“

Wenn Menschen wie Reez Wollner Politainment betreiben, dann ist das harmlos, charmant und witzig und mehr politische Unterhaltung als unterhaltende Politik. Doch bei Politainment besteht immer die Gefahr, diese beiden Ebenen nicht mehr unterscheiden zu können. Symbolische Politik triumphiert über den Inhalt. Was ist Show, was ist real? Wo politische Unterhaltung mit unterhaltender Politik verschmilzt, spricht Andreas Dörner von einer „neuen, fiktionalisierten Realität des Politischen“. So sollen Filme wie *Independence Day* und *Airforce One*, in denen der – gespielte – US-Präsident eine Heldenrolle ausfüllte, in den Neunziger Jahren nachweislich zu einem realen Popularitätsgewinn für den Präsidenten Bill Clinton in den USA geführt haben. ◀

Die Autorin studierte Journalismus in Wien.



StudentInnenaufstand gestern und morgen

Kommentar der ÖH-Bundesvertretung

Die seit Oktober andauernden Studierendenproteste dürfen nicht nur als Streit um verbesserte Lehre und einer Ausfinanzierung des hochschulischen Betriebs gesehen werden, sondern als eine Bewegung, die für die Verbesserung der Lebensbedingungen aller kämpft. Zu dieser Verbesserung gehört Bildung, die eine Entwicklung zum emanzipierten Individuum fördert und zu einer gesellschaftlichen Transformation beiträgt. In der Zeit der Besetzung der Hörsäle haben Studierende diese nicht veruntreut, sondern ihren eigenen Bedürfnissen dienstbar gemacht und in ihre Verantwortung genommen! Sie wehrten sich gegen ein System, das ihnen unmenschlich erscheint, und gegen die Entfremdung, die es mit sich bringt. Es kann dabei kein Unterschied gemacht werden zwischen den gesetzlichen Vertretungen und den protestierenden Studierenden – die Vertretung besteht aus Studierenden



Eva Maltschnig, Thomas Wallerberger, Sigrid Maurer, Benedikt Rust

den und die ÖH-Bundesvertretung identifiziert sich inhaltlich mit den Anliegen der protestierenden Studierenden, ist Teil davon, auch weiterhin.

Zu unrealistisch, zu unbedacht, zu wenige heißt es immer wieder. Das Wort utopisch wird zum Synonym für die Forderungskataloge der Studierenden. Herbert Marcuse, Vertreter der Frankfurter Schule, wusste zu gesellschaftlichen Vorstellungen, die als utopisch bezeichnet werden, in einem Interview 1976 folgendes zu sagen: „Der Begriff (Utopie) ist Propaganda von der Seite des Bestehenden. Es gibt nichts was nicht realisierbar ist, sofern die Menschen ihre Gesellschaft vernünftig einrichten.“ Wir fordern also das Utopische, ohne uns zu schämen, ohne eine Überprüfung der Verträglichkeit mit bestehenden Konformitäten.

Als Bundesvertretung würden wir uns freuen, gemeinsam mit euch die bestehende Diskussion und die Ideen der Bewegung weiterzuentwickeln und weiterzutragen. Gelegenheit dazu gibt es bei einem von uns organisierten Hochschulkongress vom 19. – 21. Februar (Anmeldungen unter www.her2010.at) und beim Bologna-Gegengipfel zur *Bologna Ministerial Anniversary Conference 2010* der europäischen HochschulministerInnen.

KURZMELDUNGEN

Gegengipfel.

Vom 11. – 12. März werden die BildungsministerInnen 46 europäischer Staaten zur Zehn-Jahre-Jubiläumskonferenz des Bologna-Prozesses nach Wien und Budapest geladen. Bisher hat der Bologna-Prozess das Ziel der Vereinheitlichung des europäischen Hochschulraumes für mehr Dynamik und Mobilität verfehlt. Deshalb wird es einen Gegengipfel geben, auf dem die europäische Hochschulpolitik kritisch hinterfragt und die Vernetzung der internationalen Bildungsproteste intensiviert werden sollen.

Nähere Infos: bolognaburns.org

Vernetzung.

Wer in Österreich studiert, muss nicht in Österreich aufgewachsen sein. Deshalb gibt es in der ÖH-Bundesvertretung das *Referat für ausländische Studierende*. Es arbeitet an der Förderung einer offenen und multikulturellen Gesellschaft, aber auch daran, ausländischen Studierenden den Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Ab dem Sommersemester 2010 werden erstmals Vernetzungstreffen angeboten. Dort haben StudentInnen die Möglichkeit, sich zu vernetzen, Informationen auszutauschen und so auch Probleme zu lösen.

Nähere Infos: oeh.ac.at

„Tell a friend“.

Um den Gedanken des 8. März (Weltfrauentag) mit allen zu teilen, gibt es die Möglichkeit, eigene Grußkarten zu entwerfen. Schickt uns eure fertigen und gut lesbaren Motive im Postkartenformat mit coolen Sprüchen und ansprechenden Motiven/Bildern, die mit dem Frauentag zu tun haben. Auf die GewinnerInnen der Ausschreibung wartet für jede gewonnene Karte € 50 Preisgeld. Die Übermittlung der Preise findet durch das Frauenreferat der TU Wien statt. Frist: 15. Februar 2010

Nähere Infos: www.frtuwien.at

Mobilität im Studium

Ein Auslandssemester, wie es zum Beispiel im Rahmen des Erasmus- oder des Joint Study-Programms gefördert wird, bietet Studierenden die Möglichkeit, neue Erfahrungen zu sammeln, die für das weitere Leben nützlich und prägend sein können.

RAMONA VONBUN

ProfessorInnen und Lehrende raten Studierenden, Auslandserfahrungen zu sammeln. Das Erasmusprogramm unterstützt dabei die Outgoings (Studierende die für ein oder zwei Semester an einer Partnerinnenuniversität im Ausland studieren) sich an der neuen Hochschule zurechtzufinden. Dabei wird versucht, den Studierenden den bürokratischen Aufwand zu erleichtern und sie finanziell zu unterstützen.

Der Vorteil eines Auslandsaufenthaltes während des Studiums besteht darin, eine neue Hochschule kennenzulernen. Das bietet die Möglichkeit, den akademischen Horizont um neue Perspektiven zu erweitern, eine neue Kultur kennenzulernen und wichtige Lebenserfahrungen im Umgang mit anderen Menschen zu sammeln.

Herausforderungen im Ausland. Zum einen gibt es die sprachliche Barriere, die vorherrscht, wenn der Auslandsaufenthalt in einem

Land verbracht wird, dessen Sprache nicht bzw. nur gering beherrscht wird. Dabei kann es schon Mal passieren, dass im Umgang mit der Universität, den Behörden oder beim täglichen Einkauf Missverständnisse auftreten. Die Lehrenden sind jedoch oft bemüht, den Mobilitätsstudierenden entgegenzukommen, und oft werden durch einen längeren Auslandsaufenthalt Fremdsprachenkenntnisse verbessert.

Ein Problem auf akademischer Ebene ergibt sich durch die Einführung des Bachelor-Master-Systems im Rahmen des Bologna-Prozesses. Die Lehrpläne im Bachelorstudium sind zum Teil sehr straff und aufeinander aufbauend konzipiert, so dass es oft erschwert wird, zwei Semester im Ausland zu verbringen und äquivalent anrechenbare Lehrveranstaltungen zu finden, was wiederum den Studienabschluss an der Heimatuniversität verzögern und weitere Kosten für das Studium verursachen kann. Im Rahmen eines Mobilitätsprogramms wird jedoch schon vor dem Auslandsaufenthalt ein Learning Agreement

abgeschlossen, bei dem im Vorhinein mit dem Heim-Institut und dem Institut an der Partnerinnenuniversität vereinbart wird, welche Lehrveranstaltungen im Ausland besucht werden.

Es ist auf jeden Fall ratsam, sich mit anderen Mobilitätsstudierenden in Verbindung zu setzen, um Erfahrungen auszutauschen und so auf die neue akademische Einrichtung und den nicht zu unterschätzenden bürokratischen Aufwand gefasst zu sein sowie alles ohne Komplikationen zu meistern.

Mehr als nur studieren. Zu einem Auslandssemester gehört aber neben der Bekanntschaft mit einer neuen Universität auch, in einem anderen Land zu leben. Es werden Kontakte mit Personen aus der ganzen Welt geknüpft, das funktioniert vor allem in internationalen StudentInnenwohnheimen sehr gut, in welchen Studierende der verschiedensten Studienrichtungen und aus den verschiedensten Ländern Europas und der Welt zusammenwohnen und ihren Alltag im Ausland gemeinsam

meistern. Dabei können lebenslange FreundInnenschaften entstehen. Das Erasmusprogramm bzw. die PartnerInnenuniversitäten unterstützen die Outgoings oft bei der Suche nach einem Zimmer im Ausland. Es ist auch oft sehr hilfreich, Personen um sich zu haben, die mit denselben Problemen im Alltag konfrontiert sind.

Im Rahmen des Erasmusprogramms bietet ESN (Erasmus Student Network) Trips in dem jeweiligen Land und regelmäßige Partys an. Es handelt sich um eine Organisation von Studierenden der Partnerinnenuniversität, die den mobilen Studierenden den Aufenthalt erleichtern, dabei helfen Kontakte zu knüpfen sowie die Kultur des jeweiligen Landes kennenzulernen.

Die Autorin studiert Publizistik- und Kommunikationswissenschaft in Wien.

Informationen und Erfahrungsberichte zum Thema Mobilität im Studium findet man unter: <http://forschung.univie.ac.at/de/portal/mobilitaet/studierende>.

Herzlichkeit, Gastfreundschaft und Lebensfreude

Frei nach dem Sprichwort „ein Bild sagt mehr als tausend Worte“, dachten wir uns: persönliche Erfahrungen sagen mehr als Artikel. So machte sich das PROGRESS auf, Studierende zu befragen, wie sie ihre Zeit im Ausland erlebt haben.



Kristina, Geographie.

Horizontenerweiterung in jeder Hinsicht: Ich durfte die südamerikanische Herzlichkeit, Gastfreundschaft und Lebensfreude erleben, lernte beeindruckende Kulturen kennen und sah die unbeschreiblich schöne Landschaft Argentiniens.



Dominik, Soziologie.

Als „Ösi“ unter Deutschen: Und das noch zur Zeit der Europameisterschaft. Dass mich Fußball nicht interessiert, hat da auch keinen Unterschied gemacht. Ansonsten möchte ich den Einblick in eine andere Uni- und Lehrkultur nicht missen.



Theresa, Übersetzen und Dolmetschen.

Den russischen Winter bei -30 Grad habe ich hautnah gefühlt, Freundschaft zum ersten Mal erlebt, den europäischen Blickwinkel mit dem Wind aus dem Osten nach Hause geschickt und zu leben begonnen.

Neue Bildung braucht das Land!

Das erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts ist Geschichte. Dass jetzt bei der Bildung Schluss sein muss mit Rumwurschteln, sollte mittlerweile allen klar sein. Die ÖH zieht ein Fazit über 2009, und hat Hoffnung für 2010.

EVA MALTSCHNIG

Abschaffung von Mitbestimmungsrechten und demokratischen Organen. Zugangsbeschränkungen. Verschulung. Leistungsdruck. Studiengebühren. Die hochschulpolitischen Assoziationen zu den Nuller-Jahren halten sich fast durchgehend im negativen Bereich auf. Kaum ein Jahr, in dem nicht irgendetwas am österreichischen Hochschulsystem schlimmer wurde. Auch das Schulsystem wurde durch einfaches Nicht-Reformieren dem endgültigen Verfall preisgegeben.

Immer wieder haben sich Studierende zusammengetan, um gegen diese Verschlechterungen zu protestieren: Die Einführung der Studiengebühren, die Umsetzung des Universitätsgesetzes, das Elitenförderungsprogramm der schwarz-blauen Bundesregierung, schulpolitische Katastrophen und der rote Studiengebühren-Umfaller hatten immer wieder Demos, Kundgebungen, riesige Umzüge, Aktionen und (Rektorats-)Besetzungen zur Folge. Rückwirkend stellt sich für alle Involvierten die Frage, ob diese Proteste abseits einer massiven Förderung der transparentstoffverkaufenden Wirtschaft nachhaltige Verbesserungen erzielen konnten. Zum Teil, würden einige sagen. Fast 90 Prozent aller Studierenden zahlen mittlerweile keine Studiengebühren mehr, die Studienbeihilfe wurde geringfügig angehoben (nominell, nicht real), die Studierenden an Fachhochschulen sind jetzt Teil der ÖH und verfügen damit über eine gesetzliche Vertretung.

Das Fazit ist also eher mau. Von gefühlten tausend Demos und realen hunderttausenden Protestierenden ist politisch nicht viel übrig geblieben. Frei nach Antonio Gramsci drohte der Optimismus des Willens am Pessimismus des Verstandes zu scheitern. Schließlich wurde im Juli 2009 das undemokratische Universitätsgesetz reformiert, mit der grundlegenden Konsequenz, dass Zugangsbeschränkungen nun in so gut wie jedem Fach eingeführt werden können. Aufsehen erregte das aber keines.

Bildung brennt. Die Politikverdrossenen strafte das Jahr 2009 aber Lügen – weder von langer Hand geplant noch von Institutionen organisiert beschloss eine große Zahl von Studierenden schlicht und ergreifend, dass es jetzt genug ist. Genug mit Ellbogentechnik, Sitzplatzproblemen, engen Studienplan-Korsetten und prekären Lebensverhältnissen. Wie ein Waldbrand weitete sich der Protest in unglaublicher Geschwindigkeit von der Akademie der Bildenden Künste auf ganz Österreich aus. Die heftigsten Bildungsproteste ausgerechnet am Ende der Nuller-Jahre, wo doch die

Reform der Hochschulen zu standortgerechten Dienstleistungsanbietern längst abgeschlossen sein hätte sollen und die Kundschaft StudentInnen gelangweilt an der Kassa steht.

Es hat sich ausgesessen. Für die ÖH bieten diese Proteste auf der einen Seite große Unterstützung in ihren Anliegen. Sie zeigen, dass die Forderungen nach offenen Universitäten, freier Bildung und sozialer Absicherung von Studierenden nicht aus der Luft gegriffen sind, sondern über eine riesige Basis verfügen. Auf der anderen Seite sind in ÖH-Strukturen Erinnerungen an vergebliche alte Kämpfe stets präsent. Besonders unter Schwarz-Blau wurden Proteste regelmäßig einfach ausgesessen. Erstmals in der Frage der Studiengebühren führte ein Zusammenspiel aus einem günstigen innenpolitischen Moment und der Tatsache, dass die ÖH die Abschaffung der Studiengebühren zur Glaubwürdigkeitsfrage für die SPÖ gemacht hatte, zu dem Erfolg der teilweisen Abschaffung. Für die ÖH gilt es demnach, die Forderungen der Studierendenbewegung von 2009 politischer Umsetzung zuzuführen und dafür alle Kanäle zu nützen.

Vorsätze und Hoffnungen. 2009 ist das Fass mit der Novelle des Universitätsgesetzes übergelaufen – die StudentInnen haben begonnen, sich zu wehren. Der *Dialog Hochschulpartnerschaft*, den das Wissenschaftsministerium daraufhin einleitete, soll eine grundlegende Veränderung des Hochschulwesens anstreben. Inwieweit sich innerhalb die-

ser Struktur Verbesserungen erzielen lassen, wird sich aber erst zeigen. Jedenfalls nehmen wir unsere Zielsetzung ernst – allen voran die Zurückeroberung freier, demokratischer Hochschulen – und werden aktiv Verbesserungsvorschläge liefern.

Für 2010 hat sich die ÖH-Bundesvertretung einiges an Projekten vorgenommen. Das Jahr startet für uns politisch mit dem Kongress *Higher Education Reloaded* (siehe Seite 11), mit dem wir StudentInnen die Möglichkeit geben wollen, sich zu vernetzen und ihr bildungspolitisches Wissen zu erweitern. Darüber hinaus wollen wir natürlich auch 2010 das StudentInnenleben ein Stück schöner, gerechter und einfacher machen: Wir vertreten euch wie immer in wohnpolitischen Fragen, beraten euch in sozialrechtlichen und studienrechtlichen Angelegenheiten. Außerdem haben wir uns vorgenommen, unser Beratungsangebot in Form eines Studien- und Sozialrechtswikis besser aufzubereiten, uns für den Arbeitsmarktzugang von Studierenden aus Nicht-EWR-Staaten einzusetzen und endlich studienrechtliche Mindeststandards für FH-Studierende zu erreichen.

Die Hoffnung, dass in den Zehner-Jahren einiges besser wird, lebt – nicht zuletzt aus der traurigen Gewissheit, dass die Nuller-Jahre ein verlorenes Jahrzehnt für emanzipatorische Hochschulpolitik waren.

Die Autroin studiert Sozioökonomie und Kunstgeschichte in Wien.



Seit zehn Jahren kämpft die ÖH für Bildungsreformen und denkt noch lange nicht ans Aufgeben.

Foto: Bischof

Wie weiter mit den Hochschulen?

Ende Dezember wurde das Audimax in Wien geräumt, die Debatte um die Hochschulen in Österreich ist aber weiterhin am Kochen. Noch Ende des Jahres 2009 wurde der *Hochschuldialog* initiiert. Was aber passiert in diesem Dialog? Wer spricht mit wem? Und was wird am Ende stehen?

SOPHIE WOLLNER

Die österreichweiten Proteste ließen den ganzen Herbst über die Wogen in der Hochschuldebatte hochgehen. Durch die Masse der Studierenden, die sich das Versagen der österreichischen Bildungspolitik nicht länger gefallen lassen wollten, kamen Universitäten und Politik in Zugzwang. Die Rektorate der besetzten Unis mussten mit den Studierenden verhandeln und Lösungen finden. An einigen Universitäten gibt es nun eigene Vernetzungsräume für Studierende, die Forderungen der Studierenden mussten beachtet werden.

Aber nicht nur die Universitäten wurden zum Handeln gezwungen. Auch die Bundesregierung musste reagieren: Erster Schritt war die Auflösung der MinisterInnenreserve, 35 Millionen Euro für die Hochschulen – bei genauerem Blick auf die Misere der Unis und nach Einschätzung der Österreichischen HochschülerInnenschaft nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Proteste gingen unbeirrt weiter und Nachwissenschaftsminister Hahn kam immer mehr ins Straucheln und rief für 25. November 2009 den *Dialog Hochschulpartnerschaft* (kurz: *Hochschuldialog*) aus. Im November und Dezember sollte ein Prozess gestartet werden, der in „Empfehlungen“ an die Regierung mündet und laut Auskunft des Ministeriums schon „seit dem Sommer“ im Zuge des Hochschulplans vorgesehen war.

Was bisher geschah. Am 25. November 2009 setzte das Ministerium den Startschuss für den *Hochschuldialog* und lud alle PartnerInnen zum ersten Treffen, bei dem – nach einem Vorbereitungsworkshop – über die Aufteilung der Themen diskutiert wurde. Seit Dezember wird in fünf so genannten Arbeitsforen gearbeitet. Eingeladen sind alle, die das Ministerium als HochschulpartnerInnen sieht. Das sind beispielsweise das Bildungsministerium, die Parteien, die Österreichische HochschülerInnenschaft, die Protestbewegung und die SozialpartnerInnen. Die HochschulpartnerInnen sollen in den Arbeitsforen Empfehlungen erarbeiten. Die Studierenden fordern eine Öffnung des Dialogs für alle Studierenden und Beteiligten – der Livestream konnte bereits für einige Arbeitsforen erkämpft werden.

Große Erwartungen? Die Anforderungen an den *Hochschuldialog* sind hoch – alle PartnerInnen

erwarten sich Ergebnisse in ihrem Sinne. Für die VertreterInnen der Studierenden ist klar: Es braucht Verbesserungen an den Hochschulen. „Die Forderungen der StudentInnen müssen in der Umsetzung der offenen und demokratischen Hochschulen münden“, heißt es in einer Meldung der Österreichischen HochschülerInnenschaft. Die Empfehlungen, die am Ende des Dialogs stehen sollen, sieht die ÖH vorerst kritisch. Eva Maltschnig, ÖH-Generalsekretärin, meint dazu: „Wir erwarten uns vom Hochschuldialog mehr als Absichtserklärungen und Manuskripte, die in Schubladen verschwinden. Die Regierung ist aufgefordert, mehr Ernsthaftigkeit für das Thema zu entwickeln – sie muss die Ergebnisse einer parlamentarischen Behandlung zuführen!“.

Das Ministerium bleibt sowohl in der Beschreibung auf der Homepage als auch auf direkte Nachfrage des **PROGRESS** unverbindlich: „Wir erwarten uns eine faktenorientierte Diskussion, alle Partner sollen mitgestalten können“, gibt das Büro Johannes Hahns bekannt. (Anm. d. V.: zur Zeit der Verfassung des Artikels ist noch nicht bekannt, wer neuer MinisterIn wird.)

Die PartnerInnen im Hochschuldialog haben ihre Standpunkte gleich rund um den ersten Termin am 25. November klargestellt. So steht die Bundesarbeitskammer (BAK) für „mehr und nicht weniger Uni-AbsolventInnen“ und den Ausbau der Fachhochschulen, die Rektoren wollen nicht in ihrer Autonomie beschnitten werden und wenn möglich selbst über Zugangsregelungen entscheiden. Was das für die Studierenden bedeutet ist nicht ganz klar, aber – so die Einschätzung von StudierendenvertreterInnen – gefährlich, macht doch die Wirtschaftsuniversität beispielsweise keinen Hehl daraus, am liebsten die gesamte Uni beschränken

und Unmengen an Menschen dadurch ein Studium verwehren zu wollen. Der Kampf gegen Zugangsbeschränkungen an den Unis und für bessere Studienbedingungen geht für die Studierenden also auch im *Hochschuldialog* weiter.

Den Hochschulsektor bearbeiten. Im Arbeitsforum *Gesellschaftlicher Auftrag des tertiären Sektors* soll es um den Bildungsbegriff, Aufgaben der Hochschulen, Bildung/Ausbildung, Hochschulen und Standortwettbewerb/Arbeitsmarkt sowie Gender- und Diversitymanagement gehen. Das Arbeitsforum *Koordinierte Entwicklung des tertiären Sektors* soll sich unter anderem mit der demokratischen Mitbestimmung an den Hochschulen befassen: Ein Thema, das für die Studierenden längst überfällig ist. Mit dem Universitätsgesetz 2002 wurde die Mitbestimmung der Studierenden massiv beschnitten – die Österreichische HochschülerInnenschaft kämpft seitdem für den Wieder-Ausbau der Mitbestimmung an den Hochschulen. Die Studierenden-Mitbestimmung an den Fachhochschulen lässt für FH-VertreterInnen auch noch zu wünschen übrig – und die Proteste zeigen: die Studierenden wollen mitbestimmen und nicht nur wie BildungskonsumentInnen behandelt werden. Das Arbeitsforum *Bologna und Studienstruktur* soll unter anderem die Ausgestaltung der Lehre bearbeiten. Im Arbeitsforum *Studienwahl und Hochschulzugang* soll es um die Optimierung der Nahtstelle mit dem Schulbereich und Vorlaufprozessen im Schulbereich, Studienberatung und -information, Zugangsregeln, soziale Durchlässigkeit, soziale Absicherung von Studierenden und Drop-Out gehen. Themengebiete die sich in zwei Halbtagen und einem ganzen Tag vermutlich schwer abarbeiten lassen, so die Einschätzung einiger TeilnehmerInnen. Mit der Frage, woher das Geld kommen soll, über dessen Vermehrung sich alle einig zu sein scheinen, befasst sich das Arbeitsforum *Ressourcen und Finanzierung von Lehre und Forschung*.

Der kleinste gemeinsame Nenner. Worauf sich aber scheinbar alle PartnerInnen als Ziel einigen können ist die finanzielle Ausstattung der Universitäten. „Hinsichtlich der Uni-Finanzierung müssen keine Ergebnisse abgewartet werden, hier besteht bereits ein Konsens unter allen Beteiligten. Die von der ÖH und vielen anderen geforderten zwei Prozent des BIP für die Hochschulen bis 2015 müssen jetzt angegangen werden“, heißt es von der ÖH. Selbst die Vertre-

DER HOCHSCHULDIALOG

Zeitplan: Startschuss 25. November 2009; Dezember bis Juni Arbeitsforen zu einzelnen Themen

Am Ende sollen Empfehlungen an die Regierung stehen, der Endbericht kommt im Herbst.

TeilnehmerInnenliste: www.dialog-hochschulpartnerschaft.at/mitwirkende

STUDIERENDENKONGRESS HIGHER EDUCATION RELOADED (HER 2010)

Die Österreichische HochschülerInnenschaft organisiert von 19. – 21. Februar den Kongress *Higher Education Reloaded*. An einem Wochenende sollen sich an der TU Wien Studierende mit anderen AkteurInnen im Bildungsbereich austauschen und diskutieren. Diskutiert werden soll in Basis- und Vertiefungsworkshops über die größten Themen der Bildungspolitik.

tung der Rektoren, die Universitätenkonferenz, ist sich sicher: „Die erforderlichen Mittel sind beträchtlich, aber bei entsprechender Schwerpunktsetzung seitens der Politik ist ein solcher Wachstumskurs realisierbar.“

Wie das Geld aufgetrieben wird, bleibt freilich zu diskutieren – für viele der Beteiligten scheint die Einführung einer Vermögenssteuer unumgänglich.

Higher Education Reloaded. Und wie ist die Rolle der Studierenden im *Hochschuldialog*? In einem Kommentar schreibt Standard-Chefredakteurin Alexandra Förderl-Schmid von den Studierenden als der betrogenen Generation – denn die PensionistInnen würden schneller erreichen was sie wollen und konkrete Ergebnisse zu Gesicht bekommen, wie das Plus von 1,5 Prozent im November. Im Gegensatz dazu würde die „junge Generation“ auf Empfehlungen vertröstet. „So wird bei Vertretern der jungen Generation das Gefühl verstärkt, dass sie zwar

angehört, aber nicht gehört werden.“ Die Studierenden selbst wollen beim Dialog sinnvoll mitgestalten und nicht nur gehört werden.

Aber auch darüber hinaus sollen sich alle Studierenden an der Hochschuldebatte beteiligen können. Flankierend zum *Hochschuldialog* gibt es offene Veranstaltungen und die Möglichkeit, sich online zu beteiligen – die Diskussion soll allen möglich sein. Die ÖH organisiert außerdem einen offenen Kongress mit dem Titel *Higher Education Reloaded*: Von 19. – 21. Februar soll an der Technischen Universität Wien ein offener Diskussionsraum die Möglichkeit zu Debatte, Information und Austausch über den tertiären Hochschulbereich geben. Ziel ist die Vernetzung von Studierenden mit anderen PlayerInnen im Bildungsbereich.

Wachgeküsst? Durch die Besetzungen an Österreichs Unis, die Dauer und die Schlagkraft der Protestierenden wurde Österreich – zumindest für eine gewisse Zeitspanne – wachgerüttelt.

Die Studierendenproteste haben zweifelsohne zu diesem *Hochschuldialog* geführt. Was am Ende des Dialogs stehen wird, scheint offen. Die Entscheidung über die Empfehlungen des Dialogs treffen aber Nationalrat und Regierung. Die Universitäten – und das ist Konsens unter den HochschulpartnerInnen – brauchen mehr Geld. Was die Studierenden brauchen sind konkrete, sichtbare und sinnvolle Veränderungen: Studienbedingungen, die fördern statt hindern, ausreichend Studienplätze und keine Knock-Out-Mechanismen. Die ÖH und die BesetzerInnen appellieren an die Bundesregierung, „nach dem jetzigen Weckruf nicht erneut in einen zehnjährigen Dornröschenschlaf in Sachen Bildungspolitik zu verfallen“. Denn, so ÖH-Generalsekretärin Eva Maltschnig: „Wenn die Politik glaubt, sie hätte den Widerstand ausgesessen, wird sie sich noch wundern. Als Dekoration für einen Diskussionsprozess, der am Ende bloß das Mäskel ‚die Studis waren ohnehin dabei‘ trägt, stehen wir nicht zur Verfügung.“

Die Autorin studiert Germanistik und Politikwissenschaft in Wien.

*Hochschuldialog: <http://www.dialog-hochschulpartnerschaft.at>
Plattform Deine Bildung: <http://debatte.unsereuni.at>
Higher Education Reloaded: www.her2010.at*

European Student Summit in Wien

SMAJO PASALIC

Der *European Student Summit* findet zweimal jährlich statt und wird von der *Europäische StudentInnenvereinigung* (kurz ESU) und der zuständigen nationalen StudentInnenvereinigung organisiert. Der Summit findet üblicherweise in dem Land statt, welches auch gleichzeitig der Gastgeber der EU-Präsidentschaft ist. Diese Veranstaltung ermöglicht eine Zusammenkunft der Studentierenden aus Europa in einem Forum außerhalb der üblichen Sitzungen der Europäischen

StudentenInnenvereinigung. Durch diese wird auch die Möglichkeit geschaffen, Fragen und Anliegen im Zusammenhang mit Studierenden aus ganz Europa zu diskutieren.

Der erste *European Student Summit* für dieses Jahr findet in Wien vom 8. März bis zum 10. März an der Veterinärmedizinischen Universität Wien statt und wird von der ÖH in Kooperation mit der *Europäischen StudentInnenvereinigung* veranstaltet. Der Summit wird sich diesmal mit dem Thema „Bologna and Lisbon: mutually exclusive or sides of the same coin?“ beschäftigen.



Service, das hilft!



Neuer ÖH-Sozialfond

Mindeststudiendauer: 36 Semester – solange brauchen beispielsweise gehörlose Studierende mindestens, wenn sie sich in ihrem Studium auf staatliche Unterstützungen verlassen müssen. Die ÖH hat nun einen Fördertopf geschaffen, um Studierende mit Beeinträchtigung unterstützen zu können.

Die österreichischen Hochschulen sind nach wie vor nicht in der Lage, allen Studierenden angemessene Studienbedingungen zu ermöglichen. Studierende mit Beeinträchtigung sind davon besonders betroffen. Alles was die Hochschulen nicht bereitstellen, müssen die Studierenden in Eigenregie organisieren und bezahlen. Gehörlose Studierende etwa müssen sich für jeden Lehrveranstaltungster-

min ÜbersetzerInnen besorgen. Diese kosten etwa € 1.000 pro Lehrveranstaltung und Semester. Demgegenüber stehen lediglich € 4.000 bis € 5.000 staatlicher Zusatzunterstützung. Das wären also vier bis fünf Lehrveranstaltungen pro Jahr, was eine Studiendauer von mindestens 36 Semestern für ein Bachelorstudium bedeuten würde.

Um zumindest Teile dieser zusätzlichen Studienkosten übernehmen zu können, gibt es seit 1. Jänner 2010 einen neuen Fördertopf im Rahmen des ÖH-Sozialfonds. In diesem Rahmen können wir bis zu € 4.000 Unterstützung pro Jahr gewähren. *tac* ◀

Nähere Informationen und das Antragsformular findest du unter www.oeh.ac.at.

Fahrtkostenzuschuss

Die Kosten für den öffentlichen Verkehr sind in den letzten Jahren regelmäßig gestiegen. Alternativen wie Radwege sind oft nur teilweise vorhanden. Um einen Teil dieser Kosten zu übernehmen, gibt es für BezieherInnen der Studienbeihilfe drei verschiedene Arten von Fahrtkostenzuschüssen. Die für die Studierenden einfachste Variante ist der so genannte Heimfahrtzuschuss. Diesen erhalten alle BeihilfenempfängerInnen automatisch, wenn sie weiter als 200 Kilometer von ihrem Heimatort entfernt studieren. Damit sollen den Studierenden regelmäßige Heimfahrten ermöglicht werden.

Auch der PendlerInnenzuschuss muss nicht extra beantragt werden. Dieser ist für Studierende vorgesehen, die nicht an ihrem Studi-

enort wohnen und deshalb ständig – innerhalb der vom Wissenschaftsministerium vorgegebenen Zumutbarkeitsgrenze – pendeln müssen. Der Zuschuss beträgt einen Euro pro Kilometer Strecke außerhalb des Studienortes und höchstens € 700 pro Jahr.

Den Fahrtkostenzuschuss für die öffentlichen Verkehrsmittel am Studienort erhalten Studierende dagegen nicht automatisch. Im Gegensatz zu den beiden erstgenannten Förderungen musst du die tatsächlichen Kosten nachweisen. Dazu schickst du einfach deinen personenbezogenen Fahrausweis (z.B. Semesterticket) an die Studienbeihilfenstelle. *tac* ◀

Nähere Infos bekommst du in deinem ÖH-Sozialreferat oder in der Studienbeihilfenstelle unter www.stipendium.at

Warum haben wir Sex?

Was gibt es über Evolutionsbiologie zu sagen? Der renommierte Philosoph Daniel Dennett würde einen hypothetischen Preis für die beste Idee aller Zeiten an Charles Darwin verleihen und das, wie ich finde, nicht zu Unrecht. Nicht etwa weil Darwin selbst die eingangs gestellte Frage – übrigens ein Bereich intensiver Forschung – beantwortet hätte. Aber es sind Fragen wie diese, jene nach den Ursprüngen menschlicher Sprache, des Bewusstseins, oder etwa von Kooperation und Altruismus, die – wie alle Fragen der Biologie – erst im Lichte der Evolution Sinn ergeben.

Evolution durch natürliche Selektion ist ein wissenschaftliches Faktum und Grundlage für das Verständnis der Komplexität und Vielfalt des Lebens. Darwin befreite uns folglich mit einem Schlag von einem naiv-religiösen Weltbild, in der wir, die Spezies Mensch, am Gipfel der Schöpfung eines wohl nicht zufällig menschenähnlichen Gottes standen, und lieferte gleichzeitig das Fundament der modernen Lebenswissenschaften. Es ist diese weit über die Grenzen der Biologie hinausragende Bedeutung der Evolutionstheorie, welche wesentlich meine Entscheidung beeinflusste, Biologie zu studieren; und in Folge Kognition beziehungsweise Verhalten sowie deren phylogenetischen Ursprünge und neurobiologischen Grundlagen, insbesondere des Menschen und anderer Primaten.

Absurd und traurig ist die Tatsache, dass der Name Darwins, der etwa die Sklaverei als größten Fluch auf Erden bezeichnete, politisch missbraucht und ohne jegliche Legitimation mit sozialer Ungerechtigkeit und letztlich sogar den schrecklichen Verbrechen des Nationalsozialismus in Verbindung gebracht wurde.

Was jedoch heute bleibt ist die Erkenntnis, dass Darwin mit seiner ebenso genialen wie im Grunde simplen Theorie unser Weltbild wie kaum eine andere Person prägte und ganz entscheidend zum Fortschritt der Wissenschaft beigetragen hat und beitragen wird. Und für mich persönlich bleibt, dass ich die Wahl meines Studiums bis heute nicht bereut habe. Denn was ist schon spannender als Sex... ◀

Lorenz Fenk studiert Evolutionsbiologie in Tübingen.

REFERATE DER ÖSTERREICHISCHEN HOCHSCHÜLERINNENSCHAFT

Referat für pädagogische Angelegenheiten

Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 38, Fax: - 36
paedref@oeh.ac.at

Referat für Fachhochschul-Angelegenheiten (bzw. Referat für Bildungspolitik)

Beratung: Dienstag 10 – 13 Uhr, Donnerstag 13 – 16 Uhr
Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 38, Fax: - 36
FH@oeh.ac.at, bipol@oeh.ac.at

Referat für Sozialpolitik

Sozialberatung: Dienstag 10 - 13 Uhr und 19 - 21 Uhr, sowie Donnerstag 13 - 16 Uhr
Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 29
sozial@oeh.ac.at

Wohnrechtsberatung: Dienstag 9 - 12 Uhr und Donnerstag 13 - 16 Uhr

Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 41
wohnrecht@oeh.ac.at

Sozialfonds: Dienstag und Donnerstag 10 - 12 Uhr

Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 22
sozialfonds@oeh.ac.at

Studien- und MaturantInnenberatung

Montag, Mittwoch: 13-16 Uhr
Dienstag, Freitag: 09-12 Uhr,
Donnerstag: 18-20 Uhr (Mit Schwerpunkt auf Studienberechtigungsprüfung und Berufsreifeprüfung)
Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 24 bzw. - 25
Studienberatung@oeh.ac.at
Skype: OEH-Beratung

Burgenland und in Niederösterreich
Martin Olesch: +43 (0) 676/888 522 73
Martin.Olesch@oeh.ac.at

Stände bei Berufs- und Studieninformationsmessen und Koordination der MaturantInnen- und MaturantInnenberatung in Wien
Agnes Wühr: +43 (0) 676/888 522 92
Agnes.Wuehr@oeh.ac.at

Referat für internationale Angelegenheiten

Donnerstag: 10-13 Uhr
Tel: +43 (0) 1/310 888 0 - 95
Fax: +43 (0) 1/310 888 0 - 36
internationales@oeh.ac.at
Skype: internats_bv

Referat für ausländische Studierende

Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 65, Fax: +43 (0) 1/310 88 80 - 36
auslaenderInnenreferat@oeh.ac.at
Dienstag: 10-12 Uhr (englisch, türkisch, deutsch)
Donnerstag: 15-18 Uhr (englisch, spanisch, deutsch)
Freitag: 9-12 Uhr (englisch, spanisch, deutsch)

Referat für feministische Politik

Tel: +43 (0) 676/ 888 522 74
Fax: +43 (0) 1/310 88 80 - 36
frauenreferat@oeh.ac.at

Referat für Menschenrechte und Gesellschaftspolitik

Maria Clar: +43 (0) 1/310 88 80 - 46
oder +43 (0) 676/ 888 522 52
Mittwoch: 11-14 Uhr
maria.clar@oeh.ac.at

Julia Hofmann: +43 (0) 1/310 88 80 - 46
julia.hofmann@oeh.ac.at

PA alle Referate: Taubstummengasse 7-9, 1040 Wien



Was können GenossInnenschaften heute schaffen?

Kommentar Sophie Lojka

Bereits das Wort GenossInnenschaft klingt schon nach verstaubtem Gerümpel am Dachboden der Großelterngeneration. Ein genauerer Blick auf die Geschichte dieser Zusammenschlüsse ergibt, dass der erste Eindruck nicht getäuscht hat. GenossInnenschaften gibt es schon lange. Der Grundgedanke ist seit damals gleich geblieben. Die Mitglieder sind gleichzeitig auch BesitzerInnen und KapitalgeberInnen. Entscheidungen werden demokratisch getroffen.

GenossInnenschaften sind trotz ihrer langen Geschichte aber keinesfalls reif für den Müllcontainer. Ganz im Gegenteil. Auch wenn manche bekannte Vereinigungen zu großen Firmen herangewachsen oder bereits wieder in der Versenkung verschwunden sind, bilden sich weiterhin auf der ganzen Welt neue GenossInnenschaften. Sie versuchen, ihren Mitgliedern wirtschaftlich unter die Arme zu greifen oder bessere Arbeitsbedingungen für sie zu schaffen.

Diese Ziele klingen nach Weltverbesserung. In einigen Bereichen gelingt das auch. *Fairtrade* ist wohl das bekannteste Beispiel dafür, dass durch faire Entlohnung bessere Lebensbedingungen für ganze Dörfer geschaffen werden können. Das Vorleben von neuen Formen der Produktion und des Konsums trägt mit Sicherheit dazu bei, Impulse für die Wirtschaft außerhalb der GenossInnenschaften zu geben.

Gleichzeitig erschleicht einen bei der Beschäftigung mit dieser Form von Zusammenarbeiten und Konsumieren auch ein wenig das Gefühl, dass viele dieser neuen Co-Ops, die es auch in Österreich gibt, zwar von einer besseren Welt träumen, diese aber nur im kleinen Kreis für ihre Mitglieder schaffen. Ein Umsturz des kapitalistischen Systems ist über die Grenzen der eigenen Vereinigung hinaus nur schwer bewirkbar. Hinzu kommt noch, dass viele der neuen GenossInnenschaften eine eingeschränkte Zielgruppe haben – die Bevölkerung der gehobenen Schichten kann so ohne schlechtes Gewissen einkaufen und hat dabei noch das Gefühl, die Welt zu verändern. Mit fair gehandelten und demokratisch produzierten Produkten wollen sie zeigen, dass sie trotz voller Geldbörse nicht auf die Probleme dieser Welt vergessen haben. Ein Statussymbol also für ein paar wenige, die es sich leisten können.

Das bewusste Konsumieren darf nicht die einzige engagierte Tat bleiben, wenn das derzeitige ausbeuterische System verändert werden soll. Allerdings sind GenossInnenschaften ein wichtiger Schritt in Richtung einer Gesellschaft, in der alle Menschen ihre Umwelt demokratisch mitgestalten können, und sie schaffen heute schon faire Arbeitsbedingungen.

Die Autorin studiert Mathematik und Anglistik auf Lehramt in Wien.

KURZMELDUNGEN

Haiti, Provinz der USA

Die US-Regierung hat die von Erdbeben erschütterte Insel Haiti zu ihrem Protektorat erklärt. Sie kam damit einem Wunsch des haitianischen Präsidenten René Préval nach. Die USA übernimmt somit die diplomatische Vertretung und militärische Verteidigung Haitis. In den letzten Wochen hat die Regierung von US-Präsident Obama tausende Soldatinnen und Soldaten auf die Insel geschickt. Haiti hat keine eigene Armee; die Polizei war in Folge des Erdbebens unfähig, Banden vom Plündern abzuhalten. Die amerikanische Schutzmacht soll nun für Ordnung sorgen.

Gläubige, in Deckung!

Die Bedrohung für Angehörige religiöser Minderheiten wird in diesem Jahr weltweit steigen, warnen ExpertInnen. Brennende Kirchen in Malaysia und das Minarett-Bauverbot in der Schweiz seien Beispiele dafür. „Für jedes Land, in dem die Diskriminierung abnimmt, gibt es zwei oder drei, in denen Minderheiten es schwerer haben werden“, sagt Jonathan Fox, Politikwissenschaftler an der israelischen Bar-Ilan-Universität. Besonders hart trifft es Christinnen und Christen in Nordkorea: An die 70.000 hält die stalinistische Regierung dort in Straflagern fest.

Nordlicht heißt Rauchverbot

Als erste Regierung der Welt will Finnland das Rauchen ganz abschaffen. Ein erster Schritt dazu ist eine neue Regelung ab Frühjahr, die es verbietet, in Autos und Privatwohnungen zu qualmen, wenn Minderjährige diese betreten könnten. Künftig dürfen Zigaretten auch am Verkaufsort nicht mehr gezeigt werden. Bereits jetzt hat Finnland eines der strengsten Rauchergesetze der Welt. Nur etwa ein Fünftel der Finninnen und Finnen raucht regelmäßig. Diese Zahl soll jedoch in Zukunft auf Null gesenkt werden, sagte der finnische Staatssekretär für Gesundheit, Ilkka Oksala.

Gemeinschaftliches Arbeiten und Konsumieren weltweit

Die GenossInnenschaftsbewegung breitet sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts weltweit aus. In Österreich oft mit *Raiffeisen-Bank* und *Konsum* gleichgesetzt, gibt es international Beispiele, die ein moderneres Bild auf den Zusammenschluss von Menschen zu Produktions- oder Konsumgemeinschaften werfen.

SOPHIE LOJKA

GenossInnenschaften oder auch Kooperativen gibt es schon seit dem Altertum. Damals schlossen sich Menschen zu Bündnissen wie Glaubensgemeinschaften zusammen, die genossInnenschaftliche Züge hatten. Im Mittelalter bildeten sich unter sozial oder wirtschaftlich schwachen Personen Vereinigungen, die zum Beispiel die Begrüßnisse der Mitglieder finanzierten. Aus GenossInnenschaften, die sich um die gemeinschaftliche Verwaltung der Almen kümmerten, entstand später die Schweizer EidgenossInnenschaft, die eine Form der direkten Demokratie darstellt.

Im Dezember 1844 gründeten 28 WeberInnen die *Rochdale Society of Equitable Pioneers*. Robert Owen, ein englischer Unternehmer, gründete diese ProduktivgenossInnenschaft, um die Lage der FabrikarbeiterInnen zu verbessern. Außerdem gründete er eine KonsumgenossInnenschaft in Form eines Ladens, um den Menschen leistbare Lebensmittel zur Verfügung zu stellen. Owen gilt als der Begründer der modernen Form dieses Zusammenschlusses. Das BesucherInnenbuch der *Pioneers* zeigte unter anderem Namen aus England, Deutschland, Spanien, Japan, Italien und Russland. George Jacob Holyoake veröffentlichte die Geschichte der *Rochdale Pioneers* 1858 unter dem Titel *Self-Help by the People*. Es wurde in mehrere Sprachen übersetzt.

Die GenossInnenschaftsbewegung breitete sich ab diesem Zeitpunkt rasch aus. Im deutschsprachigen Raum wurden die ersten GenossInnenschaften 1847 von Friedrich Wilhelm Raiffeisen und Hermann Schulze-Delitzsch gegründet. Aus Raiffeisen's Vereinigung zur Bekämpfung von Armut der ländlichen Bevölkerung entstand später ein Darlehenskassenverein. In Europa gibt es heute 300.000 GenossInnenschaften mit über 140 Millionen Mitgliedern.

Was ist das denn? GenossInnenschaften sind Zusammenschlüsse von natürlichen oder auch juristischen Personen. Das so genannte S-Prinzip be-

deutet hier: Selbstverwaltung, Selbstverantwortung und Selbsthilfe. Die KapitalgeberInnen und Mitglieder sind gleichzeitig EntscheidungsträgerInnen und GeschäftspartnerInnen der Vereinigung.

Laut Gesetz müssen GenossInnenschaften den Erwerb oder die Wirtschaft der Mitglieder fördern. Sie müssen dies in Abstimmung mit ihren Mitgliedern durch sinnvolles unternehmerisches und marktgestalterisches Handeln erfüllen. Das besondere an dieser Form des wirtschaftlichen Zusammenarbeitens besteht darin, dass hier die erwirtschafteten Gewinne direkt an die Mitglieder weitergegeben werden. Eine Nichtweitergabe erfolgt nur dann, wenn neu investiert werden muss. Gewinn ist aber nicht der Selbstzweck einer GenossInnenschaft. Je nach Zweck muss das erwirtschaftete Geld auch entsprechend eingesetzt werden.

Die Mitglieder in solchen Zusammenschlüssen sind nicht auf eine bestimmte Zahl beschränkt. Die Anzahl kann je nach neu gewonnenen und ausgeschiedenen Mitgliedern ständig schwanken. Durch die Mitgliedschaft verpflichten sich die Personen zwar zur Einzahlung von Kapital und zur Entrichtung von etwaigen Mitgliedsbeiträgen, können aber dann von der jeweiligen Leistung der GenossInnenschaft profitieren.

Österreichische Varianten. Das klingt zuerst alles sehr theoretisch. Bei genauerer Betrachtung kennt aber jede Person in Österreich zumindest eine GenossInnenschaft. Die *Raiffeisen-Gruppe* mit ihrem Giebelkreuz als Markenzeichen ist in jedem Teil Österreichs zu finden. 1,7 Millionen Menschen sind in Österreich Mitglied und 40 Prozent der Bevölkerung sind KundInnen. Somit stellt sie die größte Bankengruppe in Österreich dar.

Die erste *Raiffeisenkasse* wurde in Österreich 1886 gegründet, weitere EinzelgenossInnenschaften folgten. Ab 1894 gab es landesweite Zentralen, und seit 1898 gibt es den *Österreichischen Raiffeisenverband*. Die Struktur ist seit damals stark gewachsen. In Österreich gibt es derzeit 560 selbstständige *Raiffeisenbanken* mit insgesamt 1.800 Filialen. *Raiffeisenbanken* wurden zur wirtschaftlichen Absicherung ihrer Mitglieder gegründet. Neben der

Möglichkeit, die Entscheidungen innerhalb des Verbandes mit zu bestimmen, sind Mitglieder vor allem auch MiteigentümerInnen.

Eine weitere bekannte GenossInnenschaft stellte *Konsum* dar. Sie war bis zu ihrer Insolvenz 1995 eine KonsumgenossInnenschaft. Gemeinsam mit dem *Österreichischen Gewerkschaftsbund* war *Konsum* mehrere Jahrzehnte lang Besitzerin der BAWAG (Bank für Arbeit und Wirtschaft). *Konsum* wurde deshalb oft als gewerkschaftliches Unternehmen wahrgenommen, was aber rein rechtlich nicht der Fall war.

Die ersten KonsumgenossInnenschaften wurden in Österreich bereits 1852 gegründet. Viele ArbeiterInnen wollten den steigenden Preisen für Lebensmittel entgegen und solidarisierten sich. Die Zusammenschlüsse befassten sich mit dem Vertrieb von Nahrungsmitteln und anderen Gütern des täglichen Gebrauchs. 1903 kam es mit Unterstützung der damaligen SPÖ zur Gründung des *Zentralverbandes österreichischer Konsumgesellschaften*. Nach dem Ersten Weltkrieg versuchte der *Konsumverband* aber parteilich unabhängig zu werden.

Nach schwierigen Phasen für die GenossInnenschaften während des Ständestaats und dem Nationalsozialismus begann nach dem Zweiten Weltkrieg ein rascher Aufbau des Konsumverbandes. Ab Mitte der 1950er Jahre nahm der Mitgliederzuwachs aber ab, die Mitglieder waren veraltet und viele GenossInnenschaften waren nahe am finanziellen Ruin. Ein neues Konzept war von Nöten. 1970 wurde daher der erste *Konsum-Großmarkt* und 1971 das erste *Konsum-Möbelhaus* eröffnet. Der Verband sollte sich zur *Konsum-Einzelhandelskette* weiterentwickeln. Anfänglich steigende Gewinne konnten sich aber nicht auf Dauer einstellen. *Konsum* musste Anfang der 90er Anteile an der BAWAG verkaufen. 1995 wurden die bestehenden Filialen von anderen Unternehmen übernommen oder aufgelöst.

GenossInnenschaften auswärts. Österreichische GenossInnenschaften hören sich ein wenig nach Großkonzern oder verstaubter Vergangenheit an.



Foto: Nassak

Nur wer genossInnenschaftlich organisiert ist, darf das Fairtrade Logo tragen.

International sieht das ein wenig anders aus. Auf Englisch heißen diese Vereinigungen Co-Operatives oder kurz Co-Ops. In Großbritannien begannen sich Anfang des 19. Jahrhunderts Menschen gegen die Form der Wohlfahrt zu wehren. Sowohl Staat als auch Kirche begannen zwischen „förderungswürdigen“ und „unwürdigen“ Armen zu unterscheiden. Daher wurden die ersten *Friendly Societies* gegründet. Ende des 19. Jahrhunderts waren knapp 80 Prozent der arbeitenden Bevölkerung in Großbritannien und 90 Prozent in Australien Mitglieder einer *Friendly Society*. Sie waren damit die größte Form von Vereinigungen von ArbeiterInnen im angelsächsischen Raum vor der Gründung von Gewerkschaften.

GenossInnenschaften stellen eine Form der wirtschaftlichen Demokratie dar und sollen so die politische Demokratie ergänzen. Diese Motive sind in den großen österreichischen GenossInnenschaften kaum noch sichtbar, im internationalen Bereich stehen sie dafür stärker im Vordergrund. So sind gerade viele kleinere Co-Ops klar im linken bzw. sozialistischen Spektrum anzusiedeln. Ein Beispiel hierfür stellt *The London Socialist Film Co-Op* dar. Sie zeigen aktuelle und ältere Filme, um sozialistische Kultur weiterzutragen. Nach den Veranstaltungen werden die TeilnehmerInnen zu Diskussionen angeregt. Mitglieder werden dazu ermuntert, eigene Filme zu drehen, sich aktiv an der Organisation von Veranstaltungen zu beteiligen oder Vorschläge für gezeigte Filme zu machen.

Rainbow Grocery in San Francisco wurde 1975 gegründet und ist ein vegetarischer Supermarkt. Er entstand aus einem Projekt namens *People's Common Operating Warehouse of San Francisco*, bei dem Essen von Menschen der Umgebung in Großmengen eingekauft und danach untereinander aufgeteilt wurde, um das Zusammenleben in der Gemeinschaft und politisches Denken zu fördern.

Aus diesem zuerst religiösen Projekt entstand dann der säkulare Verkaufsladen.

Den Titel Co-Operative konnte *Rainbow Grocery* erst 1993 führen, denn bis dahin besaß Kalifornien keinen rechtlichen Terminus für ArbeiterInnen-Co-Ops. Doch schon von Beginn an war *Rainbow Grocery* ein von den Mitgliedern demokratisch organisierter und gemeinsam besessener Laden. Im Unterschied zu KonsumgenossInnenschaften ist das Geschäft aber nicht in Besitz der Menschen, die dort einkaufen, sondern gehört den ArbeiterInnen. Die Vereinigung beschreibt sich selbst als Zusammenschluss der einzelnen Abteilungen im Laden wie Einkauf, Käse, Reinigung oder Bäckerei. Auf der Abteilungsebene werden die Entscheidungen wie Neueinstellungen oder Einkauf eigenständig getroffen. Nur größere finanzielle oder rechtliche Entscheidungen werden von dem jährlich gewählten Board, das sieben Mitglieder hat, getroffen. Zur Wahl für das Board können sich alle MitarbeiterInnen bzw. Mitglieder aufstellen – egal in welcher Abteilung sie arbeiten. Zusätzlich zum Board gibt es monatliche Treffen der Mitglieder, in denen Entscheidungen besprochen und abgestimmt werden.

Fairer Handeln. Natürlich gibt es auch internationale Vereinigungen, die auf größerer Ebene agieren. Als bekannte Vertreterin sei hier *Fairtrade* genannt. Die Organisation versucht weltweit, durch fairen Handel und gerechte Löhne benachteiligte kleinbäuerliche Familien zu unterstützen. Bei Plantagen werden die PflückerInnen gefördert, da sie die Benachteiligten in der Produktionskette sind. Die einzelnen ProduzentInnen müssen sich, um das *Fairtrade*-Siegel zu erhalten und mit Hilfe von *Fairtrade* Produkte erzeugen zu dürfen, zu GenossInnenschaften zusammenschließen. Wenn dies noch nicht möglich ist, muss zumindest auf

demokratische Strukturen hingearbeitet und die ArbeiterInnen gerecht entlohnt werden. Neben Schulungen in den Bereichen Marketing und Produktionsverfahren unterstützt *Fairtrade* auch soziale Projekte wie den Bau von Schulen, Brunnen und Apotheken.

Die gerechte Produktion von Kaffee ist im öffentlichen Bewusstsein wohl am stärksten mit *Fairtrade* verbunden. Die Produktpalette umfasst heute aber weit mehr. Schokolade, Datteln und Gewürze sind genauso wie Baumwolle, Teppiche und Fußbälle erhältlich. Das *Fairtrade*-Gütesiegel zeigt den KundInnen in aller Welt, welche Erzeugnisse unter demokratischen Bedingungen hergestellt wurden. Die Preise sind zwar in den meisten Fällen höher als bei vergleichbaren Produkten ohne Siegel, allerdings können die KonsumentInnen neben dem Erwerb eines guten Gewissens so auch einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen von ArbeiterInnen leisten.

GenossInnenschaften gibt es weltweit in vielen verschiedenen Formen. Allen gemeinsam ist eine demokratische Struktur, die für alle Mitglieder Mitsprache garantiert. Diese Form von Demokratie in Arbeits- und Produktionsprozessen ist ein wichtiger Wegweiser zu einer Gesellschaft, die auf die Bedürfnisse aller eingeht. Viele, vor allem größere, Vereinigungen stellen heute gleichzeitig multinationale Unternehmen dar, die stark im kapitalistischen System verankert sind. GenossInnenschaften müssen daher nicht zwingend zur Veränderung des bestehenden Systems beitragen. Sie können jedoch einen Beitrag dazu leisten, dass Menschen gerecht bezahlt und in Entscheidungsprozesse eingebunden werden. ◀

Die Autorin studiert Anglistik und Mathematik auf Lehramt in Wien.



alle Fotos: Zwander

„Seit damals sind wir die Nazis“

In der Wiener Brigittenau wird seit Jahren um den Ausbau eines islamischen Kulturzentrums gerungen. Das Problem? BefürworterInnen und GegnerInnen leben in zwei getrennten Welten. Eine Reportage.

WOLFGANG ZWANDER

Ein Mann springt auf eine Parkbank und hält eine Moschee aus Pappe in die Höhe. „Anzünden!“, tönt es vereinzelt, aber kräftig aus den Reihen der sechshundert Demonstrantinnen und Demonstranten. Die verstreuten Schreihäule haben etwas gemein: Sie tragen Glatzen, Bomberjacken und Springerstiefel. Ihr Geifer steckt die Masse an: „Anzünden!“, „Niederbrennen!“, schreien nun RentnerInnen und Hausfrauen mit Neo-Nazis um die Wette. Einige schnappen sich die Papp-Moschee, werfen sie zu Boden, trampeln sie platt.

Vor zwei Jahren trug sich dieses Schauspiel im Wiener Stadtteil Brigittenau zu. Es sollte das Zusammenleben im Bezirk verändern. Hannelore Schuster, 61, verzieht der Ärger das Gesicht, wenn sie an diesen Tag erinnert wird. „Seit damals sind wir die Nazis“, sagt sie. Schuster ist die Sprecherin der *Bürgerinitiative Dammstraße*, die damals zur Demonstration aufgerufen hat. Sie will verhindern, dass der türkische Kulturverein *Atib* sein Vereinshaus zu einem fünfstöckigen Veranstaltungszentrum ausbaut. Ein Platz für tausend Musliminnen und Muslime? Nicht in der Dammstraße.

Islamisierung. Die GegnerInnen des Ausbaus treffen sich monatlich zu einem Stammtisch, veranstalten Informationsabende und riefen bisher zu zwei Demonstrationen auf. Die BürgerInneninitiative entstand im Sommer 2007, wenige Tage nachdem die Baubehörde der Stadt Wien der Vergrößerung des türkischen Vereinshauses zugestimmt hatte. Trotz eines alten Gegen-Antrags aller Parteien des Bezirksparlaments, der vor Parkplatznot und Lärmbelästigung warnt.

Schusters Wohnung ist eine von 1.400, die in der Nachbarschaft des Zentrums liegen. Ihr Balkon im fünften Stock gibt den Blick frei auf den Gebäudekomplex. Wer ihr zuhört, merkt schnell, dass es um mehr geht als bloß um Lärm und Parkplätze. Um eine Parallelgesellschaft, die keine Zweifel am Koran dulde und für Zwangsverheiratungen stehe, geht es dann. Schuster greift nach einem Ordner, darin sind die Unterschriften von 11.400 Menschen aufgelistet, die mit ihrem Namen gegen die Islamisierung der Brigittenau protestieren.

Die Dammstraße ist ein ruhiger Teil von Wien, Bäume und Sträucher lockern Asphalt und Beton auf. Die meisten der mehrstöckigen Wohn-

häuser gehören der sozialdemokratisch verwalteten Stadt, die Wohnungen darin werden unter dem Marktpreis vermietet. Hier leben vor allem TürkInnen und ÖsterreicherInnen – Tür an Tür aneinander vorbei. „Die Türken tun einfach so, als ob wir nicht hier wären“, sagt eine Frau, die am *Atib*-Zentrum vorbeispaziert. Die Türkinnen und Türken auf der anderen Seite der Mauer wünschten, sie könnten dasselbe von den Österreicherinnen und Österreichern behaupten.

Eine Fehlermeldung. Wer sich im umstrittenen Gebäude umsehen will, kommt nicht weit. Ein erster persönlicher Besuch scheitert, da sich unter den fünfzehn anwesenden Männern keiner findet, der Deutsch spricht. *Atib* hat eine Infotafel aufgestellt, die über die Ausbaupläne informieren soll. Wer eine E-Mail an die dort angegebene Adresse sendet, erhält eine Fehlermeldung: „I’m sorry to have to inform you that your message could not be delivered.“ Erst gemeinsam mit einer türkischen Übersetzerin, die mit *Atib* nichts zu tun hat, lässt sich eine Besichtigung arrangieren. Die Männer machen für die türkische Studentin eine Ausnahme, eigentlich dürfe nur Pressesprecher Nihat Koca mit JournalistInnen reden.

Im Zentrum findet sich fast alles, was man zum täglichen Leben braucht. Ein Lebensmittelladen, ein Frisör, ein Gesellschaftsraum mit Fernseher und Billardtisch, eine Großküche, Klassenzimmer und zwei Gebetshäuser. Eines für Männer, eines für Frauen.

Das Gebetshaus der Männer ist ein hoher Saal, sechshundert Quadratmeter groß, die Wände werden von türkisfarbenen Keramikfliesen verziert – ein Import aus der fernen Heimat. Die gewölbte Decke wird von drei Bögen getragen, zwischen ihnen sind Dachfenster aus Glas eingelassen, die den Raum in ein angenehmes Licht tauchen.

Der Gebetsraum der Frauen sieht anders aus. Es ist ein dunkles, fensterloses Zimmer, keine hundert Quadratmeter groß. Die Decke und die Wände sind weiß, ohne jede Dekoration, in einer Ecke steht ein Radiator, an den Wänden lehnen Biergartentische. Es riecht muffig. Es gebe keinen besseren Platz, sagen die Männer.

Atib wird laut Pressesprecher Koca mit dem Ausbau nicht vor 2011 beginnen. Die Sprecherin der BürgerInneninitiative, Hannelore Schuster, rechnet sich Chancen aus, das Projekt davor noch zu verhindern. Im kommenden Herbst finden in Wien Wahlen statt. Wenn der Bürgermeister seine absolute Mehrheit im Stadtparlament

verliert, werden die Karten neu gemischt. „Tausende Menschen unterstützen uns“, sagt Schuster. Dass darunter auch Neo-Nazis sind, nimmt sie in Kauf? Sie will nicht daran erinnert werden. ◀

Der Autor studiert Journalismus und Politikwissenschaft in Wien.



Das *Atib*-Kulturzentrum soll sich der Höhe nach an die NachbarInnenhäuser angleichen. Ob der Innenhof den Umbau überleben wird, ist ungewiss, der Gebetsraum wird aber bestehen bleiben.



DOSSIER

Wenn Studieren krank macht

Steigender Leistungsdruck treibt Studierende an ihre Grenzen



StudentInnen im Stress

Vom Bachelor und davon, dass dieser so rein gar nichts mit JungesellInnenpartys zu tun hat, dafür aber so einiges mit Leistungsdruck und Prüfungsstress.

CHARLOTTE DE GIER

Karteikarten, Zusammenfassungen, Vorlesungsfolien, Notizen. Versuche, die verbleibenden Minuten zu nutzen. Nervöse Blicke. Alles mitnehmen, was noch geht. Textmarker, Kugelschreiber, StudentInnenausweis. Ein letztes Mal alles durchgehen. Klausuren, Tests, Prüfungen – Angst!

„Ich muss diese Klausur schaffen, sonst verliere ich ein ganzes Semester!“ Ein Gedanke, der den meisten StudentInnen seit der Umstellung von Diplom- und Magistra- bzw. Magisterlehrgängen auf die neuen Studienabschlüsse Bachelor und Master nicht mehr fremd sein dürfte. Die neuen Abschlüsse sollen das Studium durch strengere und straffere Prüfungsordnungen effizienter, praxisnäher und schneller machen und StudentInnen ordentlich antreiben. LangzeitstudentInnen sollen vermieden werden. Der Druck, der dabei entsteht, lässt einige StudentInnen auf dem steilen Weg zum Ziel Bachelor zurück. Verzweiflung macht sich breit, da für StudentInnen ab Beginn des Studiums jede einzelne Note zählt. Um einen Masterstudienplatz zu bekommen, zählt das Gesamtergebnis des Bachelorstudiengangs. Die Umsetzung von Bologna in Österreich liefert ein klares Ergebnis: immer größerer Lern- und Leistungsdruck, dem kaum noch jemand entgegen gehen kann.

Nebenjob?! Wer sich das Studium durch einen Nebenjob finanzieren muss oder das spärliche Studierendenbudget aufbessern will, dem gelingt das durch die hohe zeitliche Belastung im Bachelor nur unter erschwerten Bedingungen. Wer es

dann noch wagt, eine Doppelqualifikation im Sinne eines Doppelstudiums anzustreben, erntet spöttische Blicke oder anerkennendes Kopfnicken. Für das Studium wird dies zu einer problematischen Mehrfachbelastung.

Durch die andauernden Klausuren und Tests zur Leistungskontrolle, welche als Voraussetzung dienen, um weitere Module absolvieren zu können, bestehen die Tage der meisten StudentInnen im Grunde nur noch aus einem: Lernen. Die Bibliotheken sind überfüllt, die Köpfe der Studierenden auch, und ihre Ausdauer und Konzentration sind schlichtweg erschöpft. Der Universitätsalltag wird immer stressiger. Vorlesungen, die früher keine Anwesenheitspflicht vorschrieben, haben mit der neuen Umstellung nun auch einen prüfungsimmanenten Charakter. Es gibt nicht nur Prüfungen, sondern noch dazu verpflichtende Hausübungen als Voraussetzung für den positiven Abschluss einer Lehrveranstaltung. Die Universität gleicht einem Schulsystem mit vollgestopften Stundenplänen und Klausurenmarathon. Freie Tage werden zur Mangelware. Zukunftssorgen gehören zum Alltag. Selbst Semesterferien sind nicht mehr das, was sie einmal waren. Die vorlesungsfreie Zeit wird genutzt, um sich auf die nächsten Klausuren vorzubereiten. Die Anforderungen des Studiums betreffen nicht mehr nur solche im Leistungsbe- reich, sondern erstrecken sich auch auf organisatorische, soziale und persönliche Bereiche. Wenn es den StudentInnen nicht gelingt, in der wenigen verbleibenden Freizeit einen Ausgleich zu schaffen, um dem Druck auch einmal zu entgehen, schleicht sich schnell das unverdrängbare Gefühl ein, nur noch funktionieren zu müssen.

KOMMENTAR DER REDAKTION

Von Studierenden wird heute erwartet, dass sie in immer weniger Semester immer mehr Studienerfolge packen. Wie die Zustände kommen, fragt oft niemand. Am Ende zählt doch nur, was herauskommt... oder? Das ist eine gängige, aber höchst hinterfragenswerte These! Denn was haben wir vom schönsten Erfolg der Welt, wenn uns das Streben danach aus der Balance bringt und letztendlich krank macht?

Anstrengung und das Austarieren der eigenen Leistungsgrenze sind wichtig und gesund,

aber wenn die Leistung in Leistungswahn umschlägt, kann es schnell ungesund und gefährlich werden. Druck gehört zum Leben, aber wir müssen lernen, uns nicht von den eigenen Ansprüchen erdrücken zu lassen. Leistungsdenken ist nicht per se schlecht: Eine Karriere kann erfüllend und schön sein, „aber sie wärmt dich nicht in einer kalten Nacht“, sagte die sehr erfolgreiche Marilyn Monroe. Lasst uns ihre Worte nicht vergessen. Auf den folgenden Seiten wollen wir unseren Teil dazu beitragen.

Die psychologischen Studierendenberatungen der Universitäten in Österreich bekommen alle Hände voll zu tun, denn die Anforderungen der Studienpläne werden für StudentInnen zu Überforderungen.

Die Folgen dieser neuen Belastungen wiegen schwer: von Prüfungsangst über Depression bis hin zu Drogenproblemen und Burn-out.

Leistungsdruck mit Folgen. Deutlich zeigt sich der enorme Leistungsdruck unter StudentInnen in deren zunehmenden Suchtproblemen. Der erhöhte Drogenkonsum wird zum Ventil gegen den Leistungsdruck und gegen Versagens- oder Prüfungsängste. Er dient zur Kompensation des immer größer werdenden Drucks. Prüfungsangst zieht einen Teufelskreis, aus dem auszubrechen zu einer großen Herausforderung wird: Wird die Leistungsfähigkeit durch die starke Angst vor der Prüfung, dem Ergebnis und der daraus folgenden Konsequenzen für das weitere Studium wesentlich beeinträchtigt, wird Leistungsdruck verursacht. Ein schlechtes Ergebnis schürt erneut die Angst vor weiteren Klausuren. Der entstehende Stress, der dem Leben im Normalfall Spannung gibt, wird gesundheitsschädigend, wenn wir ihm dauerhaft ausgesetzt sind und wir keine Möglichkeit finden, ihn zu bewältigen, abzubauen oder umzuwandeln. Psychosomatische Beschwerden wie Bluthochdruck, Herzerkrankungen, Kopfschmerzen, Magen-Darm-Geschwüre und Diabetes sind nur einige der möglichen Folgen.

Im Falle eines Burn-outs trifft es StudentInnen noch deutlich schlimmer. Wenn die Begeisterung, mit der das Studium begonnen wurde, bald durch frustrierende Erlebnisse und enorme Belastungen getrübt wird, kann dies zu Desillusionierung und Apathie, bis hin zu Aggressivität und Depressionen oder erhöhtem Suchtpotential und psychosomatischen Erkrankungen führen. Die Aussage „Die Klausur bereitet mir Magenschmerzen“ erhält vor diesem Hintergrund eine viel schwerwiegendere Bedeutung. Gerade wenn StudentInnen viel leisten, aber durch schlechte Prüfungsergebnisse oder dadurch, dass kein Ende in Sicht ist, entmutigt werden, leidet die Psyche nachhaltig unter dem Stress. Die Reaktion auf die ständige Frustration und das Gefühl, die eigenen Ziele nicht zu erreichen, ist Burn-out. <

Die Autorin studiert Psychologie und Bildungswissenschaften in Wien.

Bologna: Reform der sieben Fehler

Die Reform der Hochschulen unter- und überfordert die Studierenden zugleich, sagt der deutsche Bildungsexperte Rolf Schulmeister. „Wenn wir das nicht hinbekommen, ist Bologna kaputt.“

AXEL BEER

Es ist nicht alles eitel Wonne mit Bologna. Der Hamburger Bildungsexperte Rolf Schulmeister will Bologna zwar nicht „den Prozess machen“, wie die BildungsaktivistInnen in Deutschland und Österreich. Bei seinem Vortrag Mitte Jänner an der FH Wien hat er jedoch die sieben größten Fehler der Bologna-Reform identifiziert.

Querkopf. Als Student in Hamburg war Schulmeister an den Protesten von 1967 beteiligt. Damals hatten StudentInnen ein Transparent vor dem festlichen Zug der ProfessorInnen hergetragen. Was darauf zu lesen war, wurde zum geflügelten Wort: „Unter den Talaren – Muff von 1000 Jahren“. Die Perspektive des kritischen Studenten, des Querkopfs, wenn man so will, hat sich Schulmeister erhalten. Das gefällt seinem studentischen Publikum.

Schulmeister fordert die Reform der Reform. Was er sagt, ist mit Zahlen untermauert. Er spricht druckreif zu einer ungewohnt gutaussehenden Präsentation, die effektiv aus seinem schicken Apple-Computer auf die Leinwand purzelt. Der Knackpunkt seiner Bologna-Kritik ist das Selbststudium. „Die Studierenden verfolgen die Strategie, auf Sparflamme durchs Studium zu kommen“, kritisiert Schulmeister. Die Bologna-Reform würde Anreize für Minimalismus geben.

Bachelor zu dicht. Fehler Nummer eins sind die überfrachteten Stundenpläne. Schulmeister argumentiert, dass 45 Wochen zu 40 Stunden pro Studienjahr zu viel seien. „Der Bachelor ist zu dicht“, sagt er. 65 Prozent der Studierenden sind neben dem Studium berufstätig. Dazu kommen Referate und Prüfungen. Zu viele Prüfungen, wie Schulmeister

findet. Fehler Nummer zwei. Zwei bis drei Prüfungen pro Semester reichen doch. Und nicht alle auf einmal am Ende des Semesters. Wo der Bildungsexperte Recht hat, hat er Recht. Er fordert, dass wenige, größere Module nacheinander stattfinden. Das heißt in der Praxis: Nicht mehrere Vorlesungen, die über das ganze Semester gehen und am Ende geprüft werden, sondern interdisziplinäre Blockveranstaltungen, die nacheinander stattfinden. „Als Student habe ich mich auf zwei Veranstaltungen pro Semester konzentriert. Bei allen anderen war ich nur Zuhörer“, sagt Schulmeister und identifiziert die Denkweise in Semesterwochenstunden als Fehler Nummer drei.

Bulimie-lernen. Begleitend müsse die Uni „Verantwortung für das Selbststudium“ übernehmen. In persönlichen Interviews hat er herausgefunden, dass Literatur und andere Inhalte, die sich Studierende außerhalb der Zeit im Hörsaal erarbeiten müssen, in der Vorlesung gar nicht vorkommen. „Wozu soll ich das lernen?“, ist die Reaktion der Studierenden. Fehler Nummer vier: Es stellt sich heraus, dass die Studierenden kaum Selbststudium betreiben. Unmittelbar vor Prüfungen steigt der tägliche Lernaufwand auf vier Stunden. „Bulimie-lernen“ nennt Schulmeister das. Bologna würde diese Entwicklung noch begünstigen. Fehler Nummer fünf: 17 Wochen pro Jahr sind Studierende generell unbetreut. Im Sommer und über Weihnachten lernt kaum jemand. Die Ergebnisse stammen aus einer Zeitbudgetanalyse in sechs Studiengängen an vier deutschen Unis.

Sechs und sieben. Fehler Nummer sechs auf der schwarzen Liste: studienbegleitende Leistungen. Die sollen Prüfungen ersetzen, nicht den Studierenden zusätzlich aufgebür-



Foto: Wikimedia Commons

Völlig unmuffig. Der Protestierer von damals hat nicht aufgegeben. Der emeritierte Professor ist E-Learning-Experte, iPhone-Besitzer der ersten Stunde und Publikumsliebbling im Hörsaal.

det werden! Der siebente Fehler betrifft E-Learning. Dokumente werden bloß zum Download angeboten. Dass StudentInnen der Einstieg in die Wissenschaft nicht online erleichtert wird, hält Schulmeister für eine vergebene Chance.

„Sonst ist die Reform kaputt.“ Weniger Themen pro Woche, interdisziplinäre Blockveranstaltungen und dezidiertes Selbststudium, das im

Laufe der Lehrveranstaltung angewendet wird, wünscht sich Schulmeister. „Die Studenten müssen die Zeitsouveränität zurückbekommen und gleichzeitig in die Verantwortung genommen werden. Wenn wir das Selbststudium nicht hinbekommen, ist die ganze Reform kaputt.“ ◀

(Dieser Artikel erschien auch auf *Studi.kurier.at*)

Der Autor *studiert Journalismus in Wien.*

Wenn Zweiteilen nicht mehr ausreicht

Madeleine Garbsch, Leiterin der Beratungsstelle Psychologische Studentenberatung, spricht mit PROGRESS über Leistungsdruck, Ritalin und die Belastung, Arbeit und Studium zu verknüpfen.

PROGRESS: Was für Aufgaben hat die Psychologische Studentenberatung und wer kommt zu Ihnen?

MADELEINE GARBSCH: Wir sind für alle Studienwerber – also Schüler im Maturajahr – und für die Studierenden in ganz vielen Belangen zuständig, sowohl im universitären als auch nicht-universitären Bereich. Dies umfasst allerdings nicht den pragmatischen, organisatorischen Teil, wie Stipendienansuchen, sondern alle Probleme, die die Person an sich betreffen.

Welche Probleme werden häufig angesprochen?

Besonders häufig geht es hier einerseits um Fragen bezüglich der Studienwahl und des Studienwechsels, andererseits um Lernprobleme und Prüfungsangst oder Probleme im Persönlichkeitsbereich. Wir haben auch Klienten, die sich schwer tun, an der Uni Anschluss zu finden – für die gibt es beispielsweise Selbsterfahrungsgruppen. Wenn jemand Schwierigkeiten mit dem Lernen hat, können sogenannte Lern-

trainings in der Gruppe helfen, z.B. mit Hilfe von Zeitmanagement und Lernmethoden. Oder wenn es Unsicherheiten bei der Studienwahl gibt, evaluieren wir einzeln mit der betreffenden Person, welches Studium vielleicht interessant sein könnte. Es kommen auch Personen, die Probleme im psychischen Bereich haben, wie Beziehungsprobleme oder Essstörungen. Alle diese Themen können sich auf das Studium auswirken, auch wenn sie jetzt nicht unmittelbar was mit dem Uni-Bereich zu tun haben.

Ist die Hilfe, die Sie anbieten, eher kurz- oder langfristig angelegt?

Klar ist, dass jeder Studierende, der ein Problem hat, zu uns kommen kann. Dass sie oder er langfristig bei uns bleiben kann, wird aber seltener, weil wir immer mehr Zulauf haben. Wir können an Angebote von außen vermitteln und so als eine Art Schnittstelle agieren. Es wird sehr genau darauf geschaut, was dieser Person helfen kann – das muss ja nicht immer jahrelange Therapie bedeuten. Wir sind eine Anlaufstelle, wenn etwas nicht in Ordnung ist, und bieten eine gute Möglichkeit, etwas anzugehen.

Welche geschlechterspezifischen Unterschiede gibt es bei Ihren KlientInnen?

Rund 70 Prozent unserer KlientInnen sind weiblich, da sich Frauen einfach öfter und schneller Hilfe holen. Bei den Männern steckt meistens eine viel längere Leidensgeschichte dahinter, bevor sie den Weg zu uns finden.

Haben sich die Probleme im Laufe der Zeit verändert?

Wir haben dies nicht empirisch untersucht, aber meine Kollegen und ich haben den Eindruck, dass der

Druck auf die Studierenden zunimmt. Die Anforderungen des Studiums steigen und auch der finanzielle Druck, die Prüfungen und das Studium möglichst rasch zu erledigen, nimmt zu – beispielsweise wegen Studiengebühren. Grundsätzlich ist ein gewisser Druck gut, um Leistung zu erbringen, zu viel Druck wirkt aber kontraproduktiv.

Wie kann das vermieden werden?

Da wir jeden Menschen als Individuum sehen, kann man auch keine allgemeinen Tipps geben. Wir schauen, was dieser spezifischen Person Druck macht, erst dann versuchen wir dagegen zu arbeiten und den Druck zu nehmen. Der Druck kann von innen kommen, wie etwa mangelndes Selbstbewusstsein oder Perfektionismus und infolge das schlechte Gefühl, vielleicht noch ein Semester länger zu brauchen. Es gibt aber natürlich auch Druck von außen, wenn Eltern wegen der Studiendauer Druck machen oder wenn sich die Eltern ein bestimmtes Studienfach wünschen. Wir versuchen, den Personen Lösungsansätze für ihre Probleme zu geben.

Besteht zwischen Ihnen und StudienprogrammleiterInnen ein direkter Kontakt, um Probleme anzusprechen?

Ein direkter Kontakt diesbezüglich besteht nicht, die offiziellen Stellen von der Universität würden sich da ans Ministerium wenden. Ich bin überzeugt, den verantwortlichen Personen auf der Uni ist schon bewusst, dass die Studierenden unter Druck stehen. Wir haben zwar Kontakt mit einigen Leuten von der Uni, aber das ist sehr individuell – zum Beispiel wenn ein Student oder



Fortsetzung auf der nächsten Seite >



eine Studentin auffällig geworden ist oder wir an einer Sitzung teilnehmen sollen.

Ist bei Ihnen Arbeiten neben dem Studieren ein Thema?

Unsere Wahrnehmung ist, dass nahezu alle Studierenden nebenbei arbeiten. Manchmal müssen sich diese zwei- oder sogar dreiteilen. Gerade Diplomanden arbeiten manchmal bis zu 30 Stunden pro Woche und wir müssen ihnen dann sagen, dass man so im Allgemeinen keine Diplomarbeit schreiben kann. Das geht einfach nicht, außer in Einzelfällen vielleicht.

Haben Sie in der Praxis auch von Mitteln zur Konzentrationssteigerung, wie etwa Ritalin, gehört?

Das wird von den Medien hochgefahren, ist aber dort sicher mehr Thema als bei uns. Die Studierenden wissen es, wir wissen es. Ab und zu werden vor allem Kollegen, die die Lerntrainings machen, gefragt, wie sich solche Mittel auswirken. Aber ich kann nicht behaupten, dass das großen Platz bei uns einnimmt. Es kommen keinesfalls viele zu uns und erzählen, dass sie Ritalin oder Ähnliches nehmen – vielleicht sagen sie es uns auch nicht. Es ist zweischneidig zu betrachten, die Berichterstattung kann sicherlich auch abschrecken. Auf der anderen Seite wird dieses Thema dadurch öffentlich gemacht und kann jemanden auch erst auf die Idee bringen. Es ist sicher ein Problem, vor fünf Jahren war das noch nicht so.

Woran liegt es, dass immer mehr Studierende Hilfe suchen?

Auch darüber haben wir keine genauen Untersuchungen. Wir vermuten, dass sowohl die Hemmschwelle für psychologische Beratung sinkt, aber auch, dass der steigende Druck auf die Studierenden Grund dafür ist. Hauptsächlich kommen die Leute über Mundpropaganda und über das Internet zu uns, aber wir versuchen schon, die Erstsemestrigen zu erreichen, indem unsere Kontaktdaten in den Unterlagen enthalten sind, die jeder am Anfang des Studiums bekommt.

Wer finanziert die Beratungsstelle?

In Wien sind wir 15 beratende Personen – bis auf einen Mitarbeiter

alles Psychologen – und werden vom Wissenschaftsministerium finanziert. Ich würde mir aber wünschen, dass wir mehr Personal bekommen, weil wir steigende Klientenzahlen haben und diese nicht mehr optimal betreuen können, wenn es noch mehr werden. Letztes Jahr waren insgesamt 4.000 Klienten bei der Beratungsstelle, mit denen mehr als 14.000 Beratungskontakte stattfanden. Die Tendenz ist eindeutig, es kommen immer mehr Leute und wir sind wirklich am Limit.

Das Interview führte Jennifer Bendele. Sie studiert Politikwissenschaft in Wien.

Von der Angst zu versagen

Prüfungsangst ist den meisten Studierenden bekannt. Manchmal mehr, manchmal weniger stark hat sie fast jedeR Studierende schon erlebt. Antje Dörr schildert wie es sich anfühlt, wenn die Prüfungsangst die Überhand gewinnt.

ANTJE DÖRR

Ich kann mich noch genau an den letzten Abend vor meiner Englischprüfung erinnern. Ich saß auf meinem Bett, rauchte eine Zigarette nach der anderen und klammerte mich an meine Mitschriften wie eine Ertrinkende an die letzte Planke. Irgendwann ist meine Mitbewohnerin in mein Zimmer gekommen, hat mir die Karteikarten aus der Hand genommen und mich in die Küche geführt. „Das bringt doch jetzt nichts mehr“, hat sie gesagt und mir eine Tasse Tee gemacht. Ich hätte am liebsten geheult.

Fast vier Jahre danach kann ich darüber lachen, aber damals habe ich mich so elend, klein und unsicher gefühlt wie danach nie wieder in meinem Leben. Dabei war das objektiv betrachtet völliger Quatsch. Ich hatte in meinem ganzen Studium immer gute Noten gehabt, die Bibliothek war mir in dieser Phase vertrauter als mein

eigenes Zimmer und ich war gründlich vorbereitet. Außerdem interessierten mich die Prüfungsinhalte, das Lernen hatte sogar Spaß gemacht. Und dennoch packte mich in den letzten Tagen die nackte Panik.

Wie passend, dass eines meiner Prüfungsthemen in der englischen Literatur shame lautete, also Scham. Viele Menschen empfinden dann Scham, wenn sie Gefahr laufen, zu versagen. Und genau diese Angst hing an mir wie eine böse Vorahnung, die ich einfach nicht abschütteln konnte. Ich schätzte die Professorin, die mir die Prüfung abnehmen sollte, sehr, verehrte sie fast ein bisschen. Vor ihr wollte ich mir auf keinen Fall die Blöße geben, etwas nicht zu wissen. Dazu kam, dass mich die englische Literatur all die Jahre, in denen ich in Vorlesungen gesessen und unzählige Bücher gelesen hatte, so begeistert hatte. Die Prüfung sollte der Höhepunkt werden, kein Ende mit Schrecken. Der Erwartungsdruck, den ich an mich selbst hatte, war dementsprechend groß.

Rückblickend denke ich, dass das normal ist. Ich würde sogar behaupten, dass Menschen, die gar keine Prüfungsangst empfinden, ihrem Fach gegenüber gleichgültig sind. Wer sich für etwas begeistert, wird sich immer davor fürchten, im entscheidenden Moment zu versagen. Um es kurz zu machen: Ich habe im entscheidenden Moment versagt. Als mich meine Lieblingsprofessorin in der Prüfung in eine komplizierte Diskussion über shame verwickelte, wurde mein Kopf plötzlich ganz leer. Ich hörte, wie das Blut in meinen Ohren rauschte und wie ich mit weit entfernter Stimme immer wieder „I'm sorry, I don't know“ stammelte. Ja, diese Situation war beschämend. Aber ich habe sie überlebt. Meiner Note hat der Blackout nicht geschadet. Und ich bin dadurch stärker geworden. Diese Erfahrung kann einem niemand abnehmen. Da müssen alle durch. ▶

Die Autorin studierte Anglistik und Germanistik und arbeitet als Journalistin.

Drug Me Smart!

Nur noch ein paar Stunden konzentriert arbeiten. Dafür eine Tasse grüner Tee oder doch lieber eine Ritalin-Tablette? Länger munter bleiben, um das Referat noch fertig zu bekommen. Eine Modafinil? Nach Alltagsstress und reichlich Kaffee wieder runterkommen. Ein paar Bier, ein Ofen. Out of script oder zurück zum Skript? Können wir die Anforderungen unseres Studien- und Arbeitsalltags noch ohne Hilfssubstanzen bewältigen?

GEORG SATTELBERGER

Stefan absolviert gerade sein Praktikum in Japan. Vor einem Monat begann er Japanisch zu lernen. Jetzt spricht er die Sprache fließend. Lea hat gerade ihren Master in Neuropsychik abgeschlossen. Vor sechs Monaten erst hat sie ihr Studium begonnen. Klingt ungewohnt? Forschung und Pharmaindustrie könnten uns eine solch immens gesteigerte Lernfähigkeit bald ermöglichen. Sophie wiederum steht kurz vor einer wichtigen Prüfung. Ein paar Concerta-Tabletten könnten helfen, den Stoff zu bewältigen, denkt sie sich. Auch Jan hat in Kürze eine Abschlussprüfung und bearbeitet seine Nervosität mit klassischen Entschleunigern wie Cannabis oder Alkohol.

Substanzen zur Verbesserung von Konzentration, Gedächtnis oder für eine bessere Laune sind vielfältig und werden ebenso zahlreich eingesetzt. Dabei entzünden sich gesellschaftliche Debatten über diese Substanzen oft nicht nur an unserer Fähigkeit, mit diesen umsichtig umzugehen, sondern auch an den Voraussetzungen, die uns zum Einsatz solcher Mittel bringen. Oder anders gesagt: Unsere Leistungsgesellschaft verlangt weit mehr als eine 40-Stunden-Woche, um am Ball zu bleiben. Um da noch den Ausgleich zwischen Privat, Beruf und Studium finden zu können, wird der Griff zur Tablette immer beliebter.

Am Anfang kam Ritalin. In den 1950ern kam dieses Medikament zur Behandlung des Aufmerksamkeitsdefizitsyndroms (ADHS) auf den Markt. Der darin enthaltene Wirkstoff Methylphenidat steigert die Konzentrationsfähigkeit und Aufmerksamkeitsspanne. Heute werden Ritalin und ähnliche Medikamente wie Concerta oder Adderall (ein Amphetamin) längst nicht mehr nur von Personen mit ADHS eingenommen – die Diagnose ADHS wird übrigens nicht von allen ExpertInnen anerkannt. Besonders bei Menschen,

die sich unter hohem Leistungsdruck befinden, werden diese Präparate immer beliebter. In Österreich ist es zwar verschreibungspflichtig, es stellt aber kein Problem dar, sich das Präparat von ausländischen Apotheken liefern zu lassen. Online-Foren, die über Bestellmöglichkeiten informieren, gibt es zahlreiche.

Schätzungen aus dem Jahr 2007 ergaben, dass ungefähr 1,6 Millionen U.S. BürgerInnen eines dieser, auch als *Smart Drugs* bekannten, Medikamente regelmäßig gebrauchen. Eine 2009 publizierte Studie der deutschen Krankenkasse DAK hat ergeben, dass unter 3.000 befragten Angestellten rund ein Fünftel zu Stimulanzien (z.B. Adderall), Antidementiva (steigern die Gedächtnisleistung, z.B. Arivept), oder Antidepressiva (z.B. Aponal) greifen, ohne eine Erkrankung zu haben. Darunter wurden am häufigsten Präparate, die Methylphenidat enthalten, konsumiert. Für Österreich sind vergleichbare Studien nicht verfügbar. Der nationale Drogenbericht erwähnt diese Substanzen und Präparate nicht einmal.

Risiken und (Neben-)Wirkungen?

Viele der Langzeitwirkungen von etwa Ritalin sind immer noch nicht ausreichend erforscht. Als gesichert gilt, dass Langzeitfolgen Erkrankungen des Herz-Kreislaufsystems beinhalten können. Die U.S. Gesundheitsbehörde FDA hat infolge 2006 verordnet, dass Medikamente, welche Methylphenidat enthalten, das sogenannte BlackBox-Label tragen müssen. Die gewichtigste Kennzeichnung, die dieser Behörde zur Verfügung steht.

Umstritten ist unter ExpertInnen auch, wie sich die Substanz bei gesunden Menschen auswirkt. Zumindest eine quantitative Steigerung der Lernfähigkeit scheint möglich. Ob der Einsatz für Prüfungssituationen zum gewünschten Ergebnis führt, bleibt dennoch zweifelhaft. Eine Befragung an einer U.S. Universität unter den Studierenden ergab, dass jene 13 Prozent, die angaben, Ritalin für eine Prüfung genommen zu

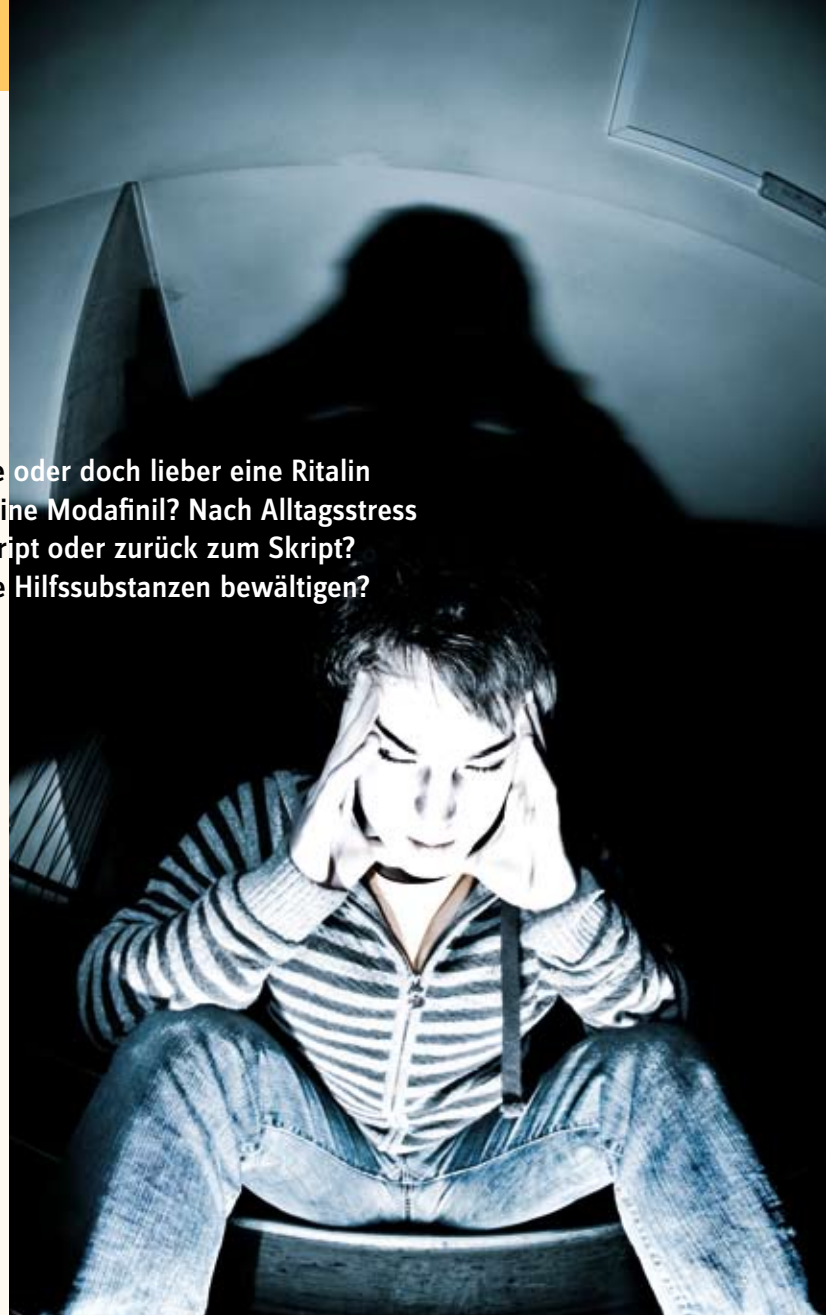
haben, im Durchschnitt schlechter abgeschnitten haben als die Vergleichsgruppe, die keines nahm. Der Grund für ein solches Ergebnis könnte laut einem Artikel der Wissenschaftszeitschrift *Spektrum* aber daran liegen, dass die Einnahme von Ritalin eben auch das Selbstwertgefühl und die Impulsivität steigert. In einer Prüfungssituation kann dies dann in vorschnellen Antworten resultieren. Einigkeit scheint in der wissenschaftlichen Gemeinschaft darüber zu bestehen, dass derzeitige Präparate keine qualitative Steigerung unseres Lernens bringen. Das Erlernen von Musikinstrumenten, Sprachen oder der menschlichen Anatomie muss also auch mit diesen Hilfssubstanzen über ständiges Üben und Wiederholen geschehen.

Die neuen Menschen. Rund 600 neue *Smart Drugs* stehen weltweit vor der Zulassung und werden in absehbarer Zukunft auf den Markt kommen. Was dieser Trend für unsere Gesellschaft bedeutet und ob und wie wir darauf reagieren sollen, wird nicht nur in den USA, sondern seit kurzem auch wieder in Europa diskutiert. Anstoß der jüngsten Debatte war ein Memorandum („Das optimierte Gehirn“) einer Gruppe von WissenschaftlerInnen, welches eine Lanze für die Freiheit, das ei-

gene Gehirn nach Belieben modellieren zu können, bricht. Die Implikationen dieser Forderung schlugen hohe Wellen. Nicht nur in der wissenschaftlichen Gemeinschaft und der Zivilgesellschaft, auch die deutsche Bundesregierung befasst sich nun mit diesem Thema. Die KritikerInnen führen zu Recht an, dass freier Zugang zu diesen Präparaten ohne Verschreibungspflicht eine neue Qualität in unsere Leistungsgesellschaft einführen würde. Die BefürworterInnen sehen dahinter wiederum Panikmache und versuchen, die Debatte auf eine Ebene mit Schönheitschirurgie und Antiaging-Pillen zu bringen.

Dass sich mit der Ausbreitung dieser Präparate aber dringende Fragen nach der demokratischen Legitimation oder über die Auswirkungen auf soziale Scheren stellen, kann nur schwer weggeredet werden. Wird es die eingangs erwähnten Lea und Stefan also in absehbarer Zukunft geben? Die Meinungen hierzu gehen auch abseits der neuro-ethischen Debatte weit auseinander. Wichtiger als diese Frage scheint aber, dass unsere Leistungsgesellschaft die Voraussetzung für diese Entwicklung ist. Diese gilt es also eigentlich zu diskutieren. ◀

Der Autor studiert Internationale Entwicklung in Wien.



Das A und O einer glücklichen Studienzzeit

Wissensgesellschaft und Leistungsgesellschaft sind Schlagworte, die längst Einzug ins Alltagsvokabular gehalten haben. Dieser Leistungsdruck macht in einer Wissensgesellschaft vor allem vor den Hochschulen keinen Halt. Ergebnis: Überforderte Studierende. An einen glücklichen Ausgang des Lebensabschnitts Studium dürfen wir aber trotzdem glauben.

FLORIAN KOLAR

Müde Gesichter, dunkle Augenringe, bleiche Haut. Wer in diesen Tagen durch die Eingangshalle des AKH Wien geht, sieht wochenlange Strapazen in die Gesichter vieler Kaffeebecherumklammernder Gestalten geschrieben. Die Rede ist aber nicht von PatientInnen oder ÄrztInnen des Krankenhauses. Die Rede ist von hunderten StudentInnen, die früh am Morgen den Lesesaal im hinteren Eingangsbereich stürmen, um ihn erst lange nach Einbruch der Dunkelheit wieder zu verlassen. Zehn bis zwölf Stunden am Tag lernen ist keine Seltenheit für die StudentInnen der Universitäten in Österreich. Kein Wunder, dass sich viele überfordert fühlen. Die immer präsente Angst vor dem Scheitern hat schon so manchen in die Knie gezwungen. Dennoch schließen viele Studierende ihr Studium ab. Ganz ohne Depression, Drogenmissbrauch, Bestechung oder Burn-out. Mit einigen Tipps und Tricks wird das möglich.

Die Qual der Wahl. Eine der wichtigsten Zutaten für das erfolgreiche Weiterkommen im Studium ist ein prinzipielles Interesse am Studienfach. Das klingt relativ selbstverständlich, ist es aber leider nicht. Indikatoren dafür, dass du eventuell den falschen Studiengang gewählt hast: Du wurdest von deinen Eltern gezwungen, du studierst das Fach, weil es alle machen, weil es eben nicht alle machen oder weil das Studienfach so klug klingt. Oder du willst eigentlich nicht wirklich studieren, weißt aber auch nicht, was du sonst tun solltest. Ist diese anfängliche Problemstellung jedoch überwunden, können sich nur noch Leistungsdruck, Prüfungsangst, finanzielle Not im Allgemeinen und Studiengebühren im Speziellen, Druck durch das soziale Umfeld, schlechte Studienbedingungen und veraltete Lehrmethoden in den Weg zum positiven Abschluss stellen. Doch so einschüchternd das jetzt klingen mag, es gibt ein paar Methoden und Tricks, die, wenn sie richtig angewandt werden, in den meisten Fällen zum Erfolg führen.

Mehr Zeit für anderes. Planung ist das A und O der meisten langfristigen Unternehmungen, und so leider auch im Studium. Zwar behaupten viele Menschen, dass sie ihr Chaos lieben, sich bestens in dem Berg aus Essensresten, dreckigen Taschentüchern und Lernunterlagen zurechtfinden und

sowieso Dinge nur dann nicht finden, wenn sie gerade aufgeräumt haben. Aber die Wahrheit ist ganz einfach: Sie lügen. Denn wer genauer hinschaut, erkennt bald, dass genau diese Menschen die MathematikstudentInnen ohne Taschenrechner, die JusstudentInnen ohne Gesetzestext oder die ArchitekturstudentInnen ohne Karton für die Modelle sind. Leider sind es oft so banale Missgeschicke, die über Bestehen oder Scheitern entscheiden. Und außerdem: Wer zuerst gut plant, hat später mehr Zeit für anderes.

Raunzen und Jammern. Studieren gleichzusetzen mit dem Auswendiglernen von Unmengen an Prüfungsstoff, führt schnell dazu, dass Studierende jammern, raunzen, leiden. Vor sich selbst und vor anderen. Das Leiden vor anderen ist hier generell als positiv hervorzuheben. Die befreiende Wirkung von Raunzen, Jammern und Herzauschütten ist allgemein bekannt. Jedoch sollte dies nicht zu exzessiv betrieben werden, sonst könnten sich zu den Studienproblemen bald soziale Probleme gesellen. Das Leiden vor sich selbst ist im Allgemeinen abzulehnen. Durch Selbstmitleid hat sich noch niemand besser gefühlt, und außerdem verbraucht es Zeit. Zeit, die einerseits natürlich zum Lernen verwendet werden kann, andererseits zur sinnvollen Ablenkung.

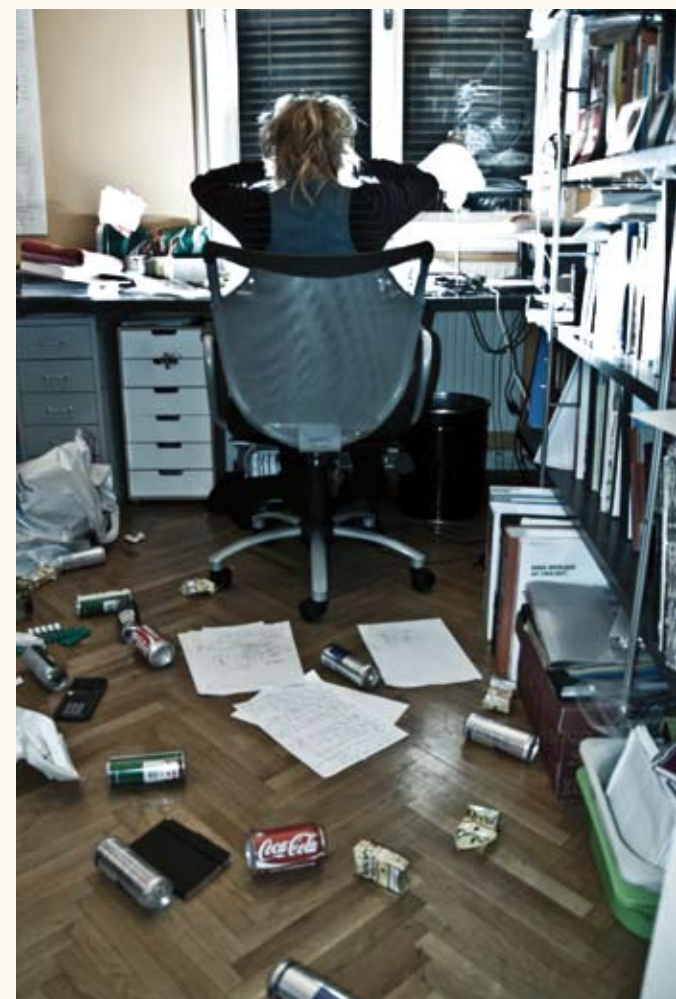
Zum Glück ist es schon seit langem bewiesen, dass höhere Lernzeit pro Tag nicht gleich einen höheren Lernerfolg bedeutet. Abgesehen von kurzen Pausen zwischen dem Lernen ist bei allen irgendwann der Punkt erreicht, an dem einfach nichts mehr geht. Und wenn es einmal so weit kommt, ist es meistens sowieso schon viel zu spät. Wer regelmäßig ein oder zwei Stunden Lernen durch Sport oder entspannende Beschäftigungen wie durch die Stadt spazieren, gemütlich Kaffeetrinken oder in der Wiese liegen ersetzt, wird (hat er oder sie die Sache mit der Planung beachtet) mindestens genauso gut durchs Studium kommen. Und ist ganz nebenbei auch ausgeglichener und glücklicher.

Ruhe bewahren. Generell ausgeglichenen und glücklichen Menschen wird es auch leichter fallen, in Stresssituationen die Ruhe zu bewahren. Nicht zuletzt die rasende Angst vor schweren Prüfungen, sadistischen ProfessorInnen und drakonischen Notenschlüsseln ruft den Großteil der Studienprobleme hervor. Angst, die nebenbei bemerkt, fast immer unbegründet ist. Denn meistens fallen bei der Knock-Out-Prüfung sowieso

nur drei Viertel durch und der Sadismus der ProfessorInnen beschränkt sich auf verbale Erniedrigung. Genauso ist es möglich, in der Pflichtübung im Audimax für die positive Note mitzuarbeiten, vorausgesetzt der oder die Studierende sitzt in den ersten vier Reihen.

Die dunklen Augenringe der müden StudentInnen im AKH-Lesesaal werden vermutlich trotz aller gut gemeinten Ratschläge erst nach der letzten Prüfung verschwunden sein. Die umklammernden Kaffeebecher werden in noch vielen Nächten aufgefüllt werden. Trotzdem: Aufgeben hat noch niemanden durch die Prüfungen gebracht. Und auch wenn das StudentInnenleben oft hoffnungslos und verloren wirkt, ist eines jedoch sicher: Den anderen geht's genauso. Und geteiltes Leid ist ja (angeblich) halbes Leid.

Der Autor studiert Rechtswissenschaften und Politikwissenschaft in Wien.



O P E N

120 cm

C A L L !

350

**EINREICHFRIST
1. MÄRZ 2010**

350

WWW.LUEGERPLATZ.COM

**AUSSCHREIBUNG ZUR UMGESTALTUNG DES LUEGER DENKMALS IN EIN
MAHNMAL GEGEN ANTISEMITISMUS UND RASSISMUS IN ÖSTERREICH**

550
1082



Feuilleton

Ganz normaler Wahnsinn

Kommentar des Filmmuseums Wien

Mit der Schau *Dino Risi und der Commedia all'italiana* setzte das Österreichische Filmmuseum eine schon 2003 mit der Michelangelo Antonioni gewidmeten Retrospektive eingeführte jährliche Begegnung mit dem italienischen Kino fort und knüpft an die Jänner-Programme der letzten beiden Jahre an – Roberto Rossellini und der Neorealismus; Pier Paolo Pasolini und das italienische Kino der 1960er Jahre. Mit dem Projekt zur *Commedia all'italiana* wollen wir versuchen, auch das populäre Kino für unser Publikum – neu – zu erschließen. Dino Risi wird dabei hervorgehoben: ein Filmschaffender, dessen Bedeutung nicht hinter Rossellini und Pasolini zurücksteht, ein Meister zwischen Melancholie und Zynismus, dessen Werk der italienischen Gesellschaft auf hohem künstlerischen Niveau einen Spiegel vorhält.

Commedia all'italiana zählt zu den spannendsten Phänomenen in der Geschichte des populären Kinos, wurde jedoch bislang außerhalb Italiens

kaum genauer betrachtet. In einer Zeit, in der dem Kino die Idee des genuin Populären (statt Populistischen bzw. Konsumeristischen) immer fremder wird, schien es interessant, diesen langen Augenblick der italienischen Filmgeschichte unter die Lupe zu nehmen. Dies geschieht auch im Einklang mit der Art, wie die *Commedia all'italiana* derzeit auch in ihrem Heimatland radikal neu bewertet wird. Hinzu kommt der besondere Umstand, dass in diesem Genre die nicht-regieführenden Kräfte mindestens so bedeutend sind wie die Regisseure – die *Commedia all'italiana* ist nämlich auch eine Schöpfung ihrer großen SchauspielerInnen und DrehbuchautorInnen.

Seit seiner Gründung 1964 will das Filmmuseum Wien ein lebendiger Ort für die Auseinandersetzung mit dem Medium Film sein. Schwerpunkt liegt in der Vorführung im Rahmen der zwei Zyklen „Die Utopie Film“ und „Was ist Film“, das Filmmuseum bietet aber auch Programme für SchülerInnen an, hält Lehrveranstaltungen an der Uni Wien und veranstaltet Vorträge sowie Symposien.

KURZMELDUNGEN

Frauenfilmtage

In der Gesellschaft werden Frauen gerne mal mitgemeint, sind eh irgendwie da. Existieren halt. Der Blick in die Vergangenheit lässt vermuten, dass Frauen eine Erfindung der jüngeren Geschichte sind, allzu oft wurden sie vergessen, besser gesagt in Überlieferungen einfach nicht erwähnt. Aber auch heute noch werden Frauen oft vergessen. Die Frauenfilmtage machen eben jene Ausgesparten sichtbar. Vom 25.2.–4.3. dreht sich alles um *Unsichtbare Rebellinnen*. Das **PROGRESS** verlost 3*2 Premierenkarten an die Schnellsten. Einfach Mail (Betreff: Frauenfilmtage 2010) an progress@oeh.ac.at.

Alle Infos unter: <http://www.frauenfilmtage.at>

Protest Soundtrack

Protest ist meistens eine laute Angelegenheit. Wenn die Trillerpfeiferl einmal talentierten MusikerInnen weichen, dann entsteht eine stimmungsvolle Compilation. Auf der *Uni brennt Compilation* sind 26 Bands sowie DJs aus verschiedensten Musikrichtungen wie HipHop, Ska, Elektro, Rock und Punk vertreten, die im besetzten Audimax aufgetreten sind. Die Compilation soll vor allem als musikalische Solidaritätsbekundung der Künstler und Künstlerinnen dienen. Das **PROGRESS** verlost fünf *Uni brennt*-CDs. Einfach eine Mail (Betreff: *Audimax Compilation*) an progress@oeh.ac.at schicken, und eine kostenlose Compilation abstauben.

Alle Infos unter: <http://unsereuni.at/?p=12174>

KAPU Filmfestival

Schwarze Musik. Weltmusik. Diese oder andere Etikettierungen sind die Norm, wenn es um quasi nicht-„weiße“ Musik geht. Der genaue, differenzierte Blick ist zu mühsam. Das *KAPU Filmfestival* blickt hinter vorhandene Schablonen, mit dem Fokus auf die Ursprünge der diversen Musikrichtungen in den verschiedenen Ländern und Regionen, auf die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umstände innerhalb derer sich die ProtagonistInnen bewegen und die persönlichen Schicksale der Frauen und Männer in diesen Mikrokosmen.

Mehr Infos unter: <http://www.kapu.or.at>

Glück im Unglück

Das Wiener *Filmmuseum* würdigt mit seinem Jänner-Schwerpunkt *Dino Risi und die Commedia all'italiana* eine Lebenseinstellung, die das Unglück der Welt nicht relativiert, sich davon aber auch nicht verrückt machen lässt. Eine Analyse.

CARLO LEVI

Das *Filmmuseum* in Wien wurde im Jänner gestürmt. Beinahe vor jeder Vorführung spielten sich an der Kassa hektische Szenen ab. Die Karten waren viel zu schnell weg, die sich drängenden BesucherInnen wurden er sucht, doch bitte Reservierungen vorzunehmen. Was zog die Menschen an? Diese Frage kann auf den ersten Blick leicht beantwortet werden: Der Filmschwerpunkt *Dino Risi und die Commedia all'italiana* schaffte es, das Publikum zu unterhalten, zu belustigen und zu begeistern. Italienischer Film von den späten 1950er Jahren bis tief hinein in die 1970er. Es gab Vorführungen, in denen die ZuseherInnen durchgehende 120 Minuten nicht zur Ruhe kamen. Szene für Sze-

des Lebens mit all seinen Unzulänglichkeiten zum Opfer.

Warum aber reißen sich Scharen von Menschen darum, vierzig bis sechzig Jahre alte Filme zu sehen, in denen lockerer Spaß zum Drama wird? Was für eine Aktualität tragen diese alten Streifen in sich, die die ZuseherInnen zu fesseln vermag? Diese Fragen führen uns zum zweiten, genaueren Blick: Auf diesen zweiten Blick ist die Frage nach dem Erfolg des Jänner-Schwerpunkts des Filmmuseums nicht mehr ganz so einfach zu beantworten. Womöglich ist es an dieser Stelle wichtig zu wissen, dass der 2008 in Rom verstorbene Risi nicht nur Regisseur und Drehbuchautor, sondern auch Psychiater war.

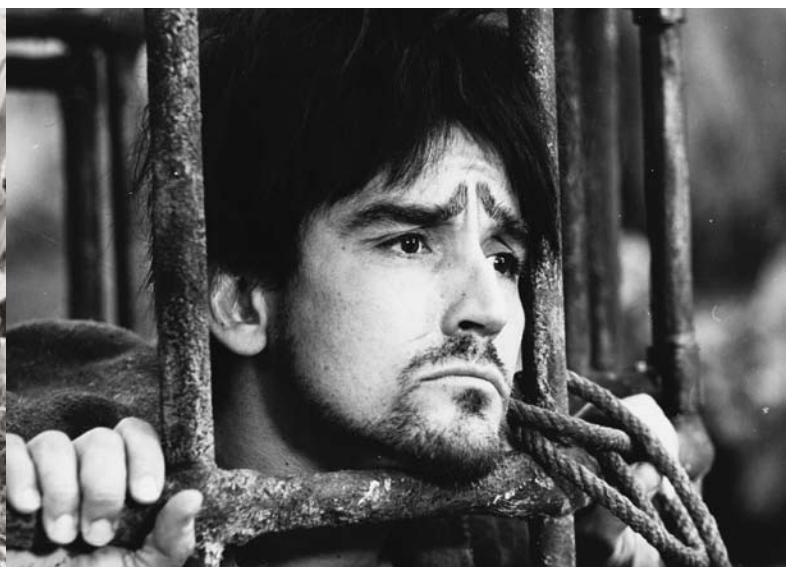
Ein Psychiater, der mit seinen Filmen darstellt, dass kleines Glück oft gar nicht so klein und auch in einer unglücklichen Welt möglich,

fach von den Beziehungen zwischen Mann und Frau in einem patriarchalen Italien, das so klare Geschlechterrollen vorgab, dass ihnen letztlich niemand entsprechen konnte.

Aber zwischen all diesen Brüchen, Widersprüchen und Ungerechtigkeiten tauchen in Risis Filmen Menschen auf, die darum kämpfen, ihren Stolz nicht zu verlieren und ihre Rolle zu finden. Sie sehen die Ungerechtigkeit und die eigene Unzulänglichkeit, aber sie sehen auch, dass es keinen Sinn hat, auf das Gesehene mit Hass zu reagieren. Risi macht aus dem Leben mit all seinen Baustellen eine eigene Ästhetik des Seins, die von den ProtagonistInnen laut und lebendig und oft genug auch rabiat gelebt wird. Dabei werden alle Italien-Klischees bedient, für die die Italiener und Italienerinnen so weit über ihre Staatsgrenzen hinaus bekannt und beliebt sind. Kurz: Der Drang zum intensiven Leben.



Fotos: Filmmuseum



ne folgte ein Gag dem nächsten, die Leinwand wurde zur Dirigentin eines Lachkonzerts. Am Ende konnten sich einige das Lachen sogar dann nicht verkneifen, wenn es in Wirklichkeit keinen Grund dafür gab.

Die dramatische Wende. Das Fröhliche und Lustige stand bei den Filmen aber immer nur scheinbar im Vordergrund. Bei nicht wenigen scheint es, als ob der Humor beim Publikum Blockaden abtragen soll, um empfänglich für die eigentliche, tiefere Botschaft zu machen. „Risis Filme zeigen meist eine Fröhlichkeit, die sich ins Dramatische verkehrt“, schreibt der *Spiegel* mit Recht. Das Fröhliche fällt dann dem Dramatischen in Form

ja notwendig ist. Risi zeigt, dass es vielleicht im falschen Leben tatsächlich kein richtiges gibt, aber dass wir uns davon besser nicht verrückt machen lassen sollten.

Intensives Leben. Risi zeichnet das Bild eines Nachkriegs-Italiens mit all seinen Unzulänglichkeiten und Ungerechtigkeiten. Er nimmt die ganz großen Themen seiner Zeit ins Visier: Es geht um die Kluft zwischen (zumeist) durchtrieben und sinister dargestellten Bourgeois und den Besitzlosen, um Korruption, Verbrechen, den Faschismus und seine (ungenügende) Bewältigung und den rapiden wirtschaftlichen Aufschwung jener Jahre. Und sehr oft handeln die Filme ganz ein-

Natürlich geht das nicht immer gut. Viele der Film-Charaktere sind zum Scheitern verurteilt. Sie scheitern direkt vor den Augen des Publikums, werden dabei für Verhältnisse bestraft, für die sie nichts können. Aber Risis Verdienst ist es, genau an diesem Punkt des Scheiterns zu zeigen, dass nicht alles verloren ist. Die hätten es auch irgendwie schaffen können, ein Schlupfloch finden können, das es in Italien immer gibt – die Frage lautet nur wo. Ein paar dieser Schlupflöcher hat das Filmmuseum mit seinem Risi-Schwerpunkt nach Österreich geholt. Das ist schön, denn wir können sie gut brauchen. ◀

Der Autor studiert Medizin in Wien.

Die Vernetzungsmaschinerie

Das Internet hat die Struktur von Studierendenprotesten nachhaltig verändert. Die entscheidende Frage wird in der Zukunft sein, wie es am besten gelingen kann, Online- und Offline-Aktivitäten zu verbinden. Eine Analyse.

MARION BACHER

Anfang der 1980er. Die englische Punkband *The Clash* stellt sich die alles entscheidende Frage: Should I stay or should I go? Der Studierendenprotest ist zwar keine Liebesgeschichte, jedoch geht es wie in der Liebe um die gemeinsame Zukunft. „Hingehen oder heimgehen?“, denkt sich der Publizistikstudent Luca Hammer am Nachmittag des 22. Oktobers. Sobe- eben hat ihm ein Tweet mitgeteilt, dass das Audimax besetzt ist.

24 Stunden später sitzt er dort. Den Arm mit dem Handy in der Hand in die Höhe gereckt, filmt er das Geschehen mit und überträgt es live ins Internet. Hammer mutiert zur digitalen Schnittstelle. Zwischen denen, die hingehen, und jenen, die daheim bleiben. Tags darauf nimmt der Student seine Kamera und den Laptop mit; abends bespricht er mit ein paar Leuten die Webseite; in der Nacht von Samstag auf Sonntag geht *unsereuni.at* online. Fortan bündelt die Webseite sämtliche Aktivitäten der Studierenden. Links zum Live-Stream, *Facebook* und Wiki vergrößern den Kreis der AnhängerInnen. Mit der Übersichtlichkeit der Webseite haben die Studierenden einen entscheidenden Trumpf in der Hand.

Dem bekannten Blogger Gerald Bäck zufolge stieg die theoretische Reichweite der Tweets bereits nach vier Wochen auf 21,5 Millionen. Hunderttausende fieberten bei Plenarsitzungen, Diskussionen und Vorträgen, die live aus dem Audimax gesendet wurden, mit. Bis heute hat die Facebook-Gruppe „Audimax Besetzung an der Uni Wien – Die Uni brennt!“ mehr als 30.000 Mitglieder. Die Solidarität ist groß. Auch nach der Räumung des Audimax am 21. Dezember.

Medien springen auf. Der Schritt, soziale Netzwerke zur Aufmerksamkeitssteigerung und Vernetzung zu

nutzen, stellt eine Emanzipation von herkömmlichen Medien dar. Nicht mehr Fernsehen, Radio oder Print entscheiden, was die Öffentlichkeit erfährt, sondern die Studierenden selbst. Die professionelle Vernetzung via Internet motiviert die Protestierenden, hält sie am Laufenden und die Proteste für lange Zeit am Leben. Nach kürzester Zeit springen die traditionellen Medien auf. Nicht nur, weil das Audimax voll ist, sondern vor allem weil ihnen der Protest im Internet imponiert. Sie stilisieren die professionelle Vernetzung der Studierenden als Innovation hoch.

„Während das Web 1.0 rein zur Informationsbeschaffung diente, steht das Web 2.0 für Koordination. Die Studierendenbewegung ist ein Paradebeispiel dafür, wie sich Protestbewegungen im Internet organisieren und in reale Bewegungen umgesetzt werden“, sagt Alexander Banfield-Mumb, der an der Universität Salzburg die Rolle von digitalen Medien in Protestbewegungen erforscht.

Studentische Milieus gelten traditionell als beweglich. Die Organisation entsteht spontan, ist oft basisdemokratisch und wird von einer hohen Fluktuation geprägt. Wenn jemand ausfällt, bricht nicht das ganze System zusammen, sondern die Lücke wird gefüllt. Zu viel Bewegungsfreiheit kann jedoch Chaos schaffen. Das Internet gibt dem Protest eine Struktur. In ihm wird koordiniert und kaum jemand hat sich daran gestoßen, dass alle Tätigkeiten in einem Presseraum der Uni Wien zusammenliefen. Zentralismus wird in diesem Aspekt akzeptiert. Die Arbeitsgruppe Presse, ein Team aus ständig wechselnden Menschen, ist das Herz der Bewegung. Weil sie Übersicht schafft.

Couch Aktivismus. Das geschmeidige Zusammenspiel von Online-Vorbereitungen und Offline-Aktivitäten ist kein Novum. Wie gut so etwas funktioniert, hat man sowohl

bei den WahlkampfhelferInnen von Obama als auch bei den Protesten im Iran gesehen. Zu einem Großteil scheitern jedoch Protestaktionen, die im Internet geschmiedet wurden. Couch-Aktivismus nennt sich das Phänomen, wenn trotz großer AnhängerInnenschaft im Internet kein Protest auf der Straße zustande kommt.

Soziale Netzwerke scheinen das Benzin für die Maschine der österreichischen Studierendenproteste gewesen zu sein. Was wäre passiert, wenn das Benzin weniger professionell aufbereitet gewesen wäre? Wäre die Maschine kollabiert? Eine Antwort darauf wäre reine Spekulation. Der Blick über die Grenzen Österreichs zeigt jedoch, dass es auch anders gehen kann. „In Deutschland wurde das Web 2.0 viel weniger in die Proteste eingebunden“, stellt Christoph Bieber, Politologe an der Justus-Liebig Universität in Gießen, fest. Als Begründung nennt er drei Schlagworte: *StudiVZ*, Dezentralisierung, *Twitter*.

Das Image von *Twitter* sei in Deutschland angeknackst und deshalb weniger beliebt bei den Studierenden, vermutet Bieber. Außerdem habe man sich schwergetan, die verschiedenen Proteste zu koordinieren. Das mag einerseits an der hohen Anzahl der streikenden Unis gelegen sein, andererseits habe man sich schlichtweg für das „falsche“ Netzwerk entschieden: „Die deutschen Studierenden setzten auf *StudiVZ*. Ein Fehler, da sich *StudiVZ* nur beschränkt für externe Vernetzungen eignet.“

Lucky Streik. Vor rund 13 Jahren hatten die deutschen Studierenden

Die Guy-Fawkes-Maske gilt als Zeichen für Internetprotest.



Foto: Syen

den Aufstand im Internet unter dem Slogan „Lucky Streik“ schon erprobt. Die Zeitungsberichte von damals lesen sich ähnlich euphorisch wie heute. Netzbegeisterte StudentInnen erstellten Webseiten und Streik-E-Mail-Listen. Audio- und Videodateien peppten das Angebot auf und sogar Chats soll es auf den Seiten gegeben haben. Der Betreuer einer Webseite erinnert sich an die „atemberaubende“ Zeit: „Am Abend vor der Bonner Demo kam durchschnittlich alle zwei Minuten eine E-Mail mit einer neuen streikenden Uni an.“

Die Webseiten haben den Streik 1997 überdauert. Das Erfahrungswissen ist den ProtestlerInnen geblieben. Auch bei der aktuellen Studierendenbewegung in Österreich wird die Infrastruktur und das Know-How die Protagonisten und Protagonistinnen überdauern. „Das Mobilisierungspotential des Web 2.0 ist längst nicht ausgenutzt“, sagt Banfield-Mumb, „und auch die nächste Stufe, das Web der Kooperation, blieb so gut wie unberührt.“

Verbesserungsvorschläge gibt es viele – etwa wie die Stimmen im Chat neben dem Live-Stream am besten in Diskussionen eingebunden oder wie im Wiki gemeinsam Themen bearbeitet werden können. Eine Chance, Online- und Offline-Protest weiter zu professionalisieren, bietet jedenfalls der Gegengipfel zur Jubiläumsfeier des Bologna-Prozesses im März. Die AktivistInnen könnten zeigen, dass der Protest einen längeren Atem hat als einigen PolitikerInnen lieb ist. Wenn nur genug Leute hingehen. ◀

Die Autorin studierte Journalismus und studiert Zeitgeschichte in Wien.

Stiehlt sich der Staat aus der Verantwortung, wenn er den sozialen Bereich privaten Unternehmen überlässt?



Foto: Oberleitner

Spende gut, alles gut?

Über das Märchen vom Spendenweltmeister Österreich und warum spenden zwar gut, aber eine gerechte Verteilung besser ist.

JULIAN SCHMID

Arm tut weh, Licht für die Welt, ist da jemand? Sprüche wie diese sind immer wieder in allen möglichen Variationen zu hören und zu sehen. Die Armenhilfe ist in unserem christlichen Wertesystem stark verankert und wer Almosen gibt, der gilt als selbstlos und gut. Speziell um Weihnachten rufen österreichweit unzählige Spendenorganisationen einen Kampf um diese Nächstenliebe aus: Wer bekommt wie viel vom schlechten Gewissen der ÖsterreicherInnen? Viele wichtige soziale Organisationen wie die Caritas, Volkshilfe, Rotes Kreuz, SOS Kinderdorf oder auch Umweltschutzorganisationen sind massiv von privaten Spenden abhängig – die Konkurrenz zwischen ihnen wird größer und der Spendentopf ist begrenzt. Genug Gründe also, sich das Prinzip des Spendens in Österreich einmal genauer anzusehen.

Die österreichische Öffentlichkeit sieht sich selbst gern als Spendenweltmeister. Auf den ersten Blick scheint sich dies zu bestätigen: In kaum einem anderen Land geben so viele Leute an, mindestens einmal im Jahr in irgendeiner Form Geld zu spenden. 1996 gaben 46 Prozent an, dies einmal im Jahr zu tun, 2006 waren es 81 Prozent, und 2008 wieder nur 60 Prozent. Der Teufel steckt aber bekanntlich im Detail: In Deutschland wird pro Kopf eineinhalb Mal so viel gespendet, in Großbritannien fast fünfmal, und in

den USA überhaupt achtzehn Mal so viel wie in Österreich. Man kann also sagen: Viele Menschen in Österreich spenden eher wenig.

Konkurrenz. Der absolute Betrag, der im Jahr gespendet wird, liegt wahrscheinlich in einer Größenordnung zwischen 300 und 400 Millionen Euro und ist in den letzten Jahren nur leicht gestiegen. Auf der anderen Seite gibt es rund 500 relevante Organisationen, die sich um diesen Topf streiten. Ihre Zahl steigt kontinuierlich und auch deutsche Spendenorganisationen drängen zunehmend auf den österreichischen Markt. Dazu kommt, dass die SpenderInnen sich zunehmend lieber an Einzelprojekten beteiligen, als sich langfristig zu binden. Laut Rainer Stoiber von der Volkshilfe lastet auf den Non-Profit-Organisationen (NPOs) ein „enormer Konkurrenz-Druck“, es muss immer mehr Geld für Werbekampagnen ausgegeben werden, um die Leute überhaupt zu erreichen.

Zusätzlich steigt der Druck aufgrund staatlicher Einsparungen: Momentan stammt noch die Hälfte der Mittel von NPOs aus staatlicher Hand, 37 Prozent aus Eigenerwirtschaftung und lediglich 13 Prozent aus privaten Spenden. Viele Organisationen fürchten, dass in den kommenden Jahren aus Spargründen die sichere staatliche Unterstützung abgebaut, und stattdessen der Anteil privater Spenden vergrößert werden soll. Die steuerliche Spendenabsetzbarkeit ist ein Vorbote dieser Entwicklung: Der Staat verzichtet

auf Steuereinnahmen, um freiwilliges Spenden schmackhafter zu machen. Speziell aus unpopulären Bereichen ziehen die MinisterInnen von SPÖ und ÖVP bereits jetzt massiv Unterstützungsgelder ab. Herbert Langthaler von der Österreichischen Asylkoordination beklagt beispielsweise, dass in seinem Bereich „laufend staatliche Gelder aus dem Integrations-, Asylrechtsberatungs- und therapeutischen Bereich abgezogen werden. Diese Kosten würden zunehmend auf die Zivilgesellschaft abgewälzt. Auch Andreas Zembaty vom Bewährungshilfe-Verein Neustart spürt die Einsparungen: „Wir müssen immer mehr KlientInnen mit immer weniger Personal betreuen. Wir sind zu 90 Prozent vom Staat abhängig, Spenden bekommen wir kaum, da unsere Materie zu komplex ist. Wer spendet schon für Ex-TäterInnen? Dass damit künftige Opfer vermieden werden, kann man SpenderInnen schwer erklären.“

Fast ein Todesurteil. Damit sind wir bei einem der größten Probleme des Spendenwesens angekommen: Das private Geld bekommen meist nur diejenigen Hilfsprojekte, welche in der öffentlichen Meinung gut dastehen. Es wird nicht das objektiv Richtige oder Notwendigste gefördert, sondern das anerkannt Unschuldigste. An erster Stelle der SpendenempfängerInnen stehen Kinder, Tiere, Menschen mit Behinderung, Katastrophenhilfe im Inland und Hunger leidende Kinder in der Welt. Natürlich ist auch

hier jeder Euro wichtig, aber wer in der öffentlichen Meinung als „selbst schuld!“ abgestempelt wird, schaut durch die Finger. Für ihr Schicksal selbst verantwortlich gelten in Österreich z.B. Drogenabhängige, Flüchtlinge, Arme, Arbeitslose und Menschen mit Kriminalitätshintergrund. Für Vereine wie Neustart oder Integrationsprojekte ist diese Spendenabhängigkeit daher fast ein Todesurteil.

Ein weiterer Punkt ist, dass immer nur recht wenige Menschen spenden, aber meist die gesamte Gesellschaft von der Arbeit einer NPO profitiert, also auch Leute, die keinen Euro dafür hergeben und lieber ein aches Paar Schuhe kaufen. Steuern hingegen muss jede und jeder bezahlen. Zweifellos sind hier Steuern gerechter. Die Frage ist nur, ob die Politik diese Steuern auch dort einsetzt, wo sie am notwendigsten und am nachhaltigsten investiert sind – auch wenn der Verwendungszweck unpopulär ist.

Anstatt wie Finanzminister Pröll monatlang in allen Zeitungen die Spendenabsetzbarkeit und sich selbst zu bewerben, statt des teuren Werbe-Konkurrenzkampfs der NPOs um die Spenden und ohne die Society-schwangeren Gala Dinners wäre das Geld womöglich besser gleich in einem lückenlosen Sozialsystem angelegt. Und auch die NPOs und ihre SpenderInnen wären wahrscheinlich dankbar dafür, nicht mehr benötigt zu werden. ◀

Der Autor studiert Politikwissenschaft und Volkswirtschaft in Wien.

„Es kann notwendig sein, Tausende zu opfern“

Was wissen wir heute über den Zweiten Weltkrieg? Beginn 1938, Ende 1945. Hitler, Churchill, Roosevelt. Auschwitz und Holocaust. Hiroshima und Nagasaki. Die Epoche des Zweiten Weltkriegs ist wohl diejenige, über die auch SchülerInnen, die Semester für Semester um ihre Geschichtsnoten kämpfen mussten, halbwegs Bescheid wissen. Dementsprechend niedrig ist daher die Motivation, sich mit Literatur zu einer solchen Epoche zu befassen, da das Gefühl vorherrscht, bereits zur Genüge gelehrt worden zu sein. Nicholson Bakers Textcollage *Menschenrauch* ist aber auch gerade jenen ans Herz zu legen, die sich in den obigen Zeilen beschrieben meinen. Ohne sich selbst zu Wort zu melden, schafft Baker es, mittels Zeitungsausschnitten, Tagebucheinträgen, Reden und Briefen eine Chronik des Zweiten Weltkriegs zu schaffen, die durch die Zurschaustellung der bizarren Handlungsweisen der Kriegsführer starke Zweifel bezüglich dessen Unabwendbarkeit aufkommen lassen. Durch die zitierten Dokumente werden bei LeserInnen Reaktionen ausge-

löst, die von ungläubigem Lachen bis hin zu angewidertem Kopfschütteln reichen. Und immer wieder kommt die Frage auf, ob denn nicht alles hätte ganz anders laufen können, wären die Zeichen, die auf einen drohenden Krieg und den besialischen Holocaust hinwiesen, schneller erkannt worden. Gleichgültig, wie viel Wissen bereits über den Verlauf des Zweiten Weltkriegs vorhanden ist – gewisse Gegebenheiten überraschen garantiert. So zum Beispiel Mahatma Gandhis Opfertheoretik, mit der er sein Konzept der Gewaltlosigkeit zu untermauern versucht: „Ich weiß, dass es notwendig sein kann, Hunderte wenn nicht gar Tausende zu opfern, um den Hunger von Diktaturen zu stillen.“ Die Praxis der Gewaltlosigkeit – ashimsa – sei am wirksamsten angesichts schrecklicher Gewalt, schrieb Gandhi, „auch wenn die Opfer nicht mehr erleben, wofür sie gelitten haben“. Bakers Buch sorgte für allerlei Kritik. Die Verbrechen der NationalsozialistInnen würden verharmlost, Hitler mit Churchill auf eine Ebene gestellt und außerdem würde Baker mit den Quellentexten zu frei hantieren. Angesichts der Tatsache, dass Baker lediglich vorhandenes Material zu einem großen Ganzen zusammengestellt

hat, scheinen derartige Vorwürfe nicht wirklich gerechtfertigt. Vielmehr versucht er seinen pazifistischen Standpunkt zu verständlichen, indem er mit leichtem Hohn das Verhalten der EngländerInnen und AmerikanerInnen ebenso für den Verlauf des Krieges verantwortlich macht, wie das der Deutschen. Er verachtet alle am Krieg Beteiligten gleichermaßen. Die einzige Gruppierung, die mit gewisser Würde aussteigt, ist eben jene der bedingungslosen PazifistInnen. Die Verachtung auf alle anderen zu vermitteln, gelingt Baker ohne selbst zur Feder zu greifen. Diese Aufgabe dürfen die LeserInnen übernehmen. Zusammengefasst also eine Lobeshymne auf den Pazifismus, die allerdings hauptsächlich von dessen GegnerInnen gesungen wird.

Romana Kollmann studiert Rechtswissenschaften in Wien.

Nicholson Baker, *Menschenrauch: Wie der Zweite Weltkrieg begann und die Zivilisation endete*, Rowohlt 2009, 604 S., 24,90 Euro.



ZWEIMAL HINGEHÖRT



Lucero | 1372 Overton Park

NIKI: Den aufmerksamen Alternative-Country HörerInnen sind *Lucero* schon seit einiger Zeit synonym mit Begriff für in Rauch und Whiskey getränkte Südstaatenballaden, punkige Gitarrenriffs und grölend-sehnende Refrains. Mit *1372 Overton Park* wagt sich die treue Gefolgschaft hinter Frontman Ben Nichols auf eisiges Terrain: Bläser! Bei aller Liebe ist der Griff in die Trickkiste hier leider danebengegangen. Die Trompeten klingen deplatziert und erinnern an schlechten Ska. Einziger Lichtblick und Anspieltipp: *Hey Darling, Do You Gamble*.

LUKAS: Klingt als würde Bruce Springsteen Whisky kochen, war mein erster Eindruck. Als dann auch noch das Saxophon eingesetzt hat, war ich endgültig entsetzt über die blanke Kopie vom Boss. Ganz klar: Verriss! Hab *1372 Overton Park* dann aber doch eine Chance gegeben und öfter durchgehört. Man könnte zwar noch immer meinen, versehentlich *Born to Run* erwischt zu haben, aber dem Entsetzen ist Freude gewichen. Die Band ist trotz allem gut und legt einen Koloss von Album vor.



Adam Green | Minor Love

NIKI: Meine Wenigkeit durfte zum ersten Mal seit langer Zeit bei einem Adam Green Album aufatmen. Der Hang zum lyrisch-verrückten Anti-Folk war Green'schen Kompositionen ja immer inhärent. Doch beweist er auf *Minor Love* endlich wieder, dass sein Metier des spielerisch-leichtfüßigen Textgeplänkels gut und gerne auf eine durchinszenierte Orchestervertonung verzichten kann, weil er außer einer schief gestimmten Gitarre und einer Telefonhörerstimme nichts braucht, um Oden über flatulierende Hinterteile zu singen. Große Liebe!

LUKAS: Die *Moldy Peaches* mochte ich wirklich gerne, solo konnte mich Herr Green nie wirklich überzeugen. Ohne Kimya Dawson war es einfach nicht mehr so lustig und diese Sinatra Schiene habe ich ihm auch nicht abgekauft. Mit *Minor Love* schafft er es allerdings, mich anzusprechen. Er rumpelt einfach so dahin, mehr muss bei ihm nicht sein. Der größte Unterschied zu den früheren Platten liegt darin, dass er nicht mehr immer so gezwungen den Kasperl gibt.



Niki Hofmüller studiert Germanistik und Anglistik in Wien.

Lukas Eichberger studiert Ernährungswissenschaften in Wien.

Hypo Alpe Adria - ein Lehrstück für Österreich und Bayern

Ein Gastkommentar von Alexandra Förderl-Schmid

Da haben sich zwei gefunden: Die Kärntner Spezis und die Münchner Spezln – und herausgekommen ist das Desaster rund um die *Hypo Alpe Adria*. Dass sich just die Bayerische Landesbank in das Abenteuer Kärntner Hypo stürzte und hoffte, mit deren Hilfe den Balkan erobern zu können, ist kein Zufall.

Politiker in Kärnten und Bayern weisen verblüffend ähnliche Verhaltensmuster auf. Wie Jörg Haider die Kärntner Hypo zur Finanzierung von Prestigeprojekten in seinem Bundesland benutzte, hat auch die CSU die BayernLB für politische Zwecke eingesetzt. So wurden immer wieder Kredite nach politischem Gutdünken gewährt, wie etwa jener an die Münchner CSU oder den bayerischen Medienunternehmer und CSU-Spezl Leo Kirch.

Praktischerweise wurde die BayernLB von einem Verwaltungsrat kontrolliert, in dem sich ganze Heerscharen von bayerischen Ministern die Klinke in die Hand drückten. Dass es die Politiker als Kontrolloren nicht so genau nahmen, hat der damalige Finanzminister und Aufsichtsrat Kurt Faltlhauer bei einem Auftritt vor dem Untersuchungsausschuss im österreichischen Nationalrat offenbart: Er habe es „einfach so hingegenommen“, dass es im Bawag-Aufsichtsrat keine Geschäftsordnung oder Aufklärung über einzelne Geschäfte gegeben habe, gab er offen zu. Die BayernLB war zwischen 1996 und 2004 mit 46 Prozent an der Bawag beteiligt, Faltlhauer im Aufsichtsrat.

Damals hätten die Bayern Lehren ziehen können, sie haben auch beim Hypo-Kauf 2007 nicht genau hingeschaut, jedenfalls nicht in die Bilanzen. In Bayern wird darauf verwiesen, dass der damalige Ministerpräsident Edmund Stoiber in der Champions League mitspielen wollte und in diesem Klima der Größenwahn bei der Landesbank gediehen sei.

Einen gewissen Größenwahn kann man auch Jörg Haider nicht absprechen. Auch er wollte stets hoch hinaus. So wie sich Franz Josef Strauß zu Lebzeiten als Politiker vieles erlauben konnte, was bei anderen in Deutschland zum Rücktritt geführt hätte, ist auch Jörg Haider in Kärnten und darüber hinaus eine gewisse Narrenfreiheit zugestanden worden. Beide waren wortgewaltig, beide konnten austeilen. Sie kultivierten ihr Lokalkolorit und zeigten ihn auch durch ihren Kleidungsstil. Beide hielten es auf der nationalen Bühne nur kurz aus.

Viel mehr gefielen sich bayerische und kärntnerische Politiker in der Rolle derjenigen, die von München gegen Bonn (und dann Berlin) bzw. von Klagenfurt gegen Wien wetteten. Und gegen „die in Brüssel“ treten derartige Politiker genauso gerne auf. Um Strauß gab es genauso einen Personenkult wie um Haider.

Und gegen „die in Wien“ wettete auch der Kärntner Landeshauptmann Gerhard Dörfler, nachdem bei einem Spitzentreffen in der Bundeshauptstadt die Hypo in zähen Nachtverhandlungen zwischen österreichischen, bayerischen und Kärntner Politikern gerettet worden war. Dörfler sprach von einem „monetären Abwehrkampf“ und versicherte: „Wir sind nicht so neger, wie man glaubt, das schreiben zu müssen.“ Denn: „Kärnten war zweimal Sieger, einmal beim Verkauf der Hypo und auch jetzt.“ Landesparteichef Uwe Scheuch forderte dafür sogar Dankbarkeit ein: „Eigentlich müsste sich das Volk dafür bei den Politikern bedanken, dass uns das gelungen ist.“ Alles lei lei in Kärnten. Und darüber hinaus. Das soll auch der Anschluss der Kärntner Orangen an die FPÖ signalisieren. Eine Umfärbung zum Zwecke der Ummantelung in der Hoffnung, dass angesichts der Turbulenzen um die Wiedervereinigung niemand mehr darüber redet. Schon gar nicht übers Geld.

Dass Kärnten bei einem Budget von rund zwei Milliarden Euro eine Haftung für die Hypo Alpe Adria von 18 Milliarden Euro übernommen hat, ist fahrlässiger Leichtsinns. Deshalb müssen jetzt alle Steuerzahler in Österreich einspringen. Die Rettung der Kärntner Hypo wird die Steuerzahler voraussichtlich 450 Millionen Euro kosten. Die Bayern haben insgesamt drei Milliarden Euro versenkt.

Bevor er sich nach Wien aufmachte, hat es sich der mildtätige Landesvater Dörfler nicht nehmen lassen, persönlich Kärntner zur Kasse zu begleiten, die sich den Hunderter Teuerungsausgleich abholen wollten. Dann gibt es noch das Müttergeld und für Jugendliche tausend Euro, damit sich der Führerschein ausgeht – das war die letzte Verfügung von Jörg Haider vor seinem Unfalltod. 6,5 Millionen Euro werden aus dem sogenannten Zukunftsfonds – gespeist aus dem Verkauf der Hypo Alpe Adria an die Bayern – dafür verwendet. Haiders Wille geschehe, egal, wie die Budgetlage aussieht. Das ist Kärntner Bakschisch-Mentalität.

Es ist kein Zufall, dass sich Haider für das BZÖ die CSU als Vorbild genommen hat, die in der deutschen Bundespolitik häufig das Zünglein an der Waage spielt. Bei der Idee des BZÖ, Kärnten als Freistaat zu bezeichnen, stand natürlich auch Bayern Pate. Auffällig ist, dass es in beiden Bundesländern eine schwache Opposition gibt. Damit ist auf politischer Ebene kaum Kontrolle gegeben. Die regierende Partei wird mit dem Staat gleichgesetzt.

In Zusammenhang mit der Hypo Alpe Adria steht der Verdacht der Parteienfinanzierung im Raum. So sollen an das BZÖ 27 und an die ÖVP

13 Millionen Euro geflossen sein. Zwar haben alle Parteien Aufklärung versprochen – passiert ist bisher nichts. Einig sind sich die Parteien darin, dass sie gegen eine Offenlegung ihrer Finanzen und gegen schärfere Sanktionen sind.

Solange sich die Parteien so verhalten, stehen sie unter Generalverdacht, es gilt die Schuldvermutung. In Österreich müssen nur Bundesparteien, nicht aber Landesorganisationen oder Parteivorfeldorganisationen wie die Bünde Großspenden offenlegen. Zuwendungen von Interessenvertretungen sind von der Meldepflicht ganz ausgenommen. Außerdem bleibt die Identität der Spender geheim. Nur ein Teil der Spenden muss dem Rechnungshof-Präsidenten Josef Moser gemeldet werden, der als FPÖ-Klubdirektor vor Jahren selbst wegen Parteispenden in die Schlagzeilen gelangte. Die Namen der Spender werden aber nicht veröffentlicht.

In Deutschland untersuchen derzeit vier verschiedene Stellen die Geschäfte der Bayerischen Landesbank in Zusammenhang mit der Hypo. Neben einem Untersuchungsausschuss sind noch die Kontrollkommission der Landesbank und – im Auftrag von Ministerpräsident Horst Seehofer – auch eine Rechtsanwaltskanzlei aktiv. Seit Oktober ermitteln in Bayern bereits sieben Staatsanwälte, in Kärnten soll das Personal aufgestockt werden.

In Kärnten tagt zudem seit Mitte Jänner ein Untersuchungsausschuss, der im Wesentlichen aus jenen Politikern besteht, die schon einmal nichts herausgefunden haben – oder dies nicht wollten. Für den Vorsitz wurde erneut der VP-Politiker Stephan Tauschitz bestellt. Es soll auch Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser unter jenen Investoren sein, die beim umstrittenen Hypo-Deal mitgemischt haben. Dass die anderen Investoren zum so genannten österreichischen Geldadel gehören, passt ins Sittenbild. Auch eine Spezi-Partei, die möglicherweise die Münchner Spezls über den Tisch gezogen hat.

Die Bayern, die die Ermittlungen überhaupt erst ins Rollen gebracht haben, scheinen es ernster zu meinen mit der Aufklärung. Dadurch könnte zumindest in der Causa Hypo in Bayern mehr ans Licht kommen, als den Politikern in Österreich lieb ist. Ob das hierzulande auch zu Konsequenzen führt, ist aufgrund der bisherigen Erfahrungslage nicht sicher: In Österreich werden Skandale und Affären ausgesessen. Und man hält zusammen, komme, was wolle.

Sicher ist auf jeden Fall eines: Da wie dort wird der Steuerzahler für den Größenwahn der Banker und Politiker aufkommen müssen. ◀

Die Autorin ist Chefredakteurin der Tageszeitung Standard.



Foto: Schiffer

DAS EUROPÄISCHE HOCHSCHULRANKING NAHT

Seit öffentliche Bildungsleistungen Anfang der 90er Jahre in Europa liberalisiert wurden, sind Hochschulrankings ein profitrelevanter Qualitätsspiegel für die international konkurrierenden Hochschulen und Staaten. Oder, wie Ellen Hazelkorn vom *Dublin Institute of Technology* sagt: „Das Gerangel um StudentInnen oder die Schlacht um Brainpower ergänzt nun die traditionellen geopolitischen Kämpfe um natürliche Ressourcen.“ Aus diesem Grund strebt die EU seit 2008 nach einem eigenen Ranking, das anders als die am angelsächsischen Universitätsmodell orientierten Rankings SJTU (Shanghai) und THES (London) „Forschungsindikatoren und Lehrqualität besser ausbalanciert“, wie EU-Kommissar Maroš Šefčovič sagt. Am 2. Juni 2009 erhielt das Forschungskonsortium CHERPA den Zuschlag, dieses Ranking für € 1,1 Mio. zu entwickeln. Deswegen ist inzwischen so weit gediehen, dass es im kommenden halben Jahren 150 internationalen Universitäten getestet wird, um ab 2011 zum Einsatz zu kommen. [991]

„CHERPA erhält den Auftrag...“, IREG, 02.06.2009 (auf Englisch)

DEUTSCHLAND JUSTIERT DIE STUDIENFÖRDERUNG

Die deutsche Regierung justiert ihr Instrument der staatlichen Studienförderung. Das Volumen des BAföG, des Zuschusses für bedürftige StudentInnen, bleibt in etwa gleich. 2008 haben 333.000 der rund zwei Mio. deutschen Studierenden durchschnittlich € 321 im Monat erhalten. Dafür wurden 2,3 Mrd. Euro aufgewendet. Bildungsministerin Annette Schavan kündigte eine Erhöhung der Beihilfe um zwei Prozent an – nicht um zehn Prozent, wie die Bildungsgewerkschaft GEW und StudierendenvertreterInnen es fordern. Das Alter, in dem Anspruch auf BAföG für einen Master besteht, soll von 30 auf 35 Jahre erhöht werden, sagte Schavan. Damit sollen BachelorabsolventInnen ermuntert werden, zunächst in den Beruf zu gehen und später an die Universität zurückzukehren.

Gleichzeitig soll dieses Jahr das neue nationale Stipendienprogramm für Studierende mit hervorragenden Leistungen starten. Die Hälfte dieser € 300-Stipendien sollen Unternehmen und Stiftungen finanzieren. Der Bund will dafür € 150 Mio. bereitstellen. [976]

Pressemitteilung des Bildungsministeriums, 13.01.2010 | Kommentar der Bildungsgewerkschaft GEW, 15.01.2010

NIEDERLANDE: FLUCHT AN DIE UNIVERSITÄT

Die Zahl der Immatrikulationen in Holland hat dieses Jahr alle Erwartungen übertroffen. 6,1 Prozent mehr Studierende an Universitäten und fünf Prozent mehr an Fachhochschulen sind doppelt so viele wie angenommen.

Das Wissenschaftsministerium hat eine Studie zu dieser Erscheinung in Auftrag gegeben, Ähnlichkeiten mit Trends in anderen europäischen Ländern sind bereits jetzt erkennbar: An Universitäten ist der Zuwachs an StudienanfängerInnen dreimal so hoch wie im Vorjahr, an den Fachhochschulen ist er viermal so hoch – ein ebenso hoher Anstieg in Belgien 2008 war durch die schlechte Arbeitsmarktsituation motiviert (siehe Bulletin N°033 – 30.9.2009). Ein anderer Trend sind MasterabsolventInnen, die weiterstudieren aber oft in Bereichen, die nichts mit ihrem bisherigen Fach zu tun haben. Dasselbe Phänomen hatte in Frankreich zur Ursache, dass ein Abschluss allein nicht mehr als Garantie für einen guten Job angesehen wird (siehe Bulletin N°004 – 24.11.2008). [873]

Pressemitteilung des Wissenschaftsministeriums, 13.01.2010 (auf Niederländisch)


DIE TÜRKEI ÖFFNET SICH INTERNATIONALEN STUDIERENDEN

Der Türkische Hochschulrat YÖK möchte bessere Bedingungen für ausländische Studierende schaffen. Einem Beschluss des YÖK zufolge, den sein Präsident Yusuf Ziya Özcan als „einen der wichtigsten in der gesamten Vergangenheit der türkischen Hochschulbildung“ bezeichnete, sollen die Eignungsprüfung für ausländische StudienbewerberInnen abgeschafft und das Abitur anderer Länder anerkannt werden.

Die Türkei hat nämlich eine geringe AusländerInnenquote an ihren Hochschulen, die sich in zehn Jahren kaum – im letzten Jahr sogar leicht negativ – entwickelt hat. Rund 100.000 Studienplätze wurden im vergangenen Jahr überhaupt nicht belegt, und die 18.000 in der Türkei studierenden AusländerInnen gehören hauptsächlich türkischstämmigen Minderheiten aus den Nachbarstaaten an. Auch eine Rekrutierungskampagne türkischer Hochschulen ist geplant: mit Auslandsbüros, einem erstmals in Englisch verfügbaren Hochschulkatalog, der Teilnahme an internationalen Messen und der Ermächtigung, Studiengebühren zu verlangen. [993]

Beitrag in TODAY'S ZAMAN, 18.01.2010 (auf Englisch)



MUMOK
MuseumsQuartier 
Museumsplatz 1
A-1070 Wien
www.mumok.at
Mo–So 10.00–18.00
Do 10.00–21.00

* eine Initiative der Österreichischen Ludwig-Stiftung für Kunst und Wissenschaft, gültig für alle Studenten bis zum 27. Lebensjahr, ab 1.1.2010 bis 31.12.2010



MITTEN IM LEBEN

Trendy für euch:

- * Unsere Classic Mensa-Menüschiene
- * Choice - unser Mensa-Markt
- * M-Cafés - Treffpunkt für den ganzen Tag
- * Mensa c.d. - Catering Departement

**Mehr Infos unter:
www.mensen.at**





Allianz Auslands-Krankenversicherung für Studierende.

Wir wünschen Hals- und Beinbruch für's Auslandsstudium!

Mit der Auslands-Krankenversicherung der Allianz bist Du rundum abgesichert.

Wenn's drauf ankommt, hoffentlich Allianz.

www.studierende.allianz.at

Allianz 

PartnerIn der

